contraste

zeitungfürselbstorganisation

421 36. JG. 4'50 EURO OKTOBER 2019 contraste.org

NACHRICHTEN
Jubiläum: Redakteur Burghard Flieger blickt zurück auf 35 Jahre CONTRASTE. 3

PROJEKTE
»Neustart Tübingen« möchte eine Wohngenossenschaften für 500 Menschen aufbauen. 5

BEWEGUNG
Debatte: Warum die Empörung über den brennenden Amazonas-Urwald verpufft. 6

BIOTONNE
KoLa Leipzig will neue Dimensionen einer Kooperativen Landwirtschaft erkunden. 13

Adressfeld

COMMONS ALS EIN WEG AUS DEM KAPITALISMUS

▲ Ein Bilderverbot ist kein Denkverbot: Auch wenn eine Utopie nicht in allen Details ausgemalt werden kann und sollte, lohnt es sich dennoch, sie sich vorzustellen. Foto: Uli Frank

Wie geht Utopie?

Transformation – das ist ein Schlagwort, auf das sich erst mal viele einigen können. Wie wir es mit emanzipatorischen Inhalten füllen können, darum geht es in diesem Contraste-Schwerpunkt.

JOJO KLICK, COMMONS-INSTITUT

Nicht nur in alternativen Bewegungen, sondern auch in wissenschaftlichen Kreisen und Teilen der etablierten Politik scheint sich angesichts der drohenden Klimakatastrophe das Bewusstsein dafür zu bilden, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann. Doch oft bleibt es dann dabei, dass alles irgendwie ein bisschen ökologischer, im besten Fall auch noch ein bisschen sozialer werden muss. So bleibt der Inhalt der Transformation unterbestimmt.

Was die Autor*innen dieses Schwerpunktes eint, ist eine grundlegende Kritik am Kapitalismus, einer Gesellschaftsform, die nicht zufällig mit Umweltzerstörung und Ausbeutung einhergeht, sondern die in ihren grundlegenden Funktionsweisen Exklusion und die Abwälzung von Kosten auf Andere nahelegt. Worum es also in diesem Schwerpunkt geht, ist die Frage, wie wir aus dem Kapitalismus herauskommen: Aus der Kritik folgt die Utopie, aus der Utopie die Transformation.

Dabei muss ich mir klar darüber sein, was ich am Kapitalismus kritisiere. Kritisiere ich die Gier von Bankern oder Kapitalist*innen, dann müssten diese nur durch Menschen ersetzt werden, die nicht so gierig sind. Wenn ich aber Eigentum und Tauschlogik kritisiere, weil diese Konkurrenz und Ausschlüsse hervorbringen, dann kann ich mir überlegen, wie eine tauschlogikfreie, bedürfnisorientierte Gesellschaft aussehen könnte. Aus der Kritik folgt die Utopie, das Ziel. Von diesem ausgehend kann dann wiederum diskutiert werden, wie wir dorthin kommen: Müssen wir die Staatsmacht erobern oder setzen wir eher auf Selbstorganisationsprozesse, die andere Formen der Herstellung unserer Lebensbedingungen schaffen? Eine Vorstellung der Utopie ist Voraussetzung dafür, über diese Fragen der Transformation nachdenken zu können.

Für die Autor*innen dieses Schwerpunktes sind sowohl bei der Utopie als auch bei der Transformation Commons entscheidend, also Gemeingüter oder »Ressourcen […], die aus selbstorganisierten Prozessen des gemeinsamen bedürfnisorientierten Produzierens, Verwaltens, Pflegens und/oder Nutzens (Commoning) hervorgehen« (Wikipedia), eine Form der Herstellung unserer Lebensbedingungen jenseits von Staat und Markt.

Friederike Habermann betont in ihrem Beitrag, dass diese Räume anderer Selbstverständlichkeiten darstellen, in denen tauschlogikfreie Beziehungsweisen erlernt werden können. Stefan Meretz widmet sich der Frage »Wie geht Utopie?«, um zu erläutern wie sich jenseits von Denkverbot und reiner Auspinselei über Utopien nachdenken lässt. Simon Sutterlütti geht anschließend konkreter auf verschiedene Transformationsstrategien ein und diskutiert ihre jeweiligen Probleme. Annette Schlemm schließlich holt uns unter dem Motto »Was tun wenn's brennt?« zurück auf den Boden der bitteren Realität, in der sich durch Klimakatastrophe und Rechtsruck noch einmal ganz andere Probleme stellen und diskutiert, wie Commons unter diesen Bedingungen Wirkungsmacht entfalten können.

FRANKFURT

Aktivist*innen blockieren Automobil-Ausstellung

Das klimaaktivistische Bündnis »Sand im Getriebe« hatte vom 13. bis 15. September zu Protesten gegen die Internationale Automobil-Ausstellung (IAA) nach Frankfurt mobilisiert. Nach einer riesigen Fahrradsternfahrt fand eine erfolgreiche Blockade statt.

BÜNDNIS »SAND IM GETRIEBE«

»Wir haben heute klar gezeigt, dass wir die Klimakrise nur noch mit einer radikalen Verkehrswende aufhalten können. Doch das war erst der Anfang: Wir streiten an vielen Orten weiter für die Verkehrswende, bis unsere Städte und Straßen wieder für Menschen da sind, statt für Autos!«, sagte Tina Velo, Sprecherin von »Sand im Getriebe«.

Rund 1.000 Klimaaktivist*innen des Bündnisses »Sand im Getriebe« hatten am Sonntag, 15. September, erfolgreich die IAA blockiert. Der Haupteingang und der Portalhaus-Eingang im Westen des Messegeländes waren ab dem frühen Morgen für Besucherinnen und Besucher nicht zugänglich. Auch viele kleinere Eingänge wurden zeitweise blockiert. Eine »Critical Mass«-Gruppe staute immer wieder den Busverkehr zur IAA. Bei einer Kletteraktion hängten Aktivistinnen und Aktivisten zudem ein Banner von einem Übergang beim Autobahnzubringer zum Frankfurter Westkreuz. Tags zuvor hatten bereits rund 25.000 Menschen bei einer großen Fahrradsternfahrt gegen »das System Auto« demonstriert.

Das Bündnis »Sand im Getriebe« äußerte sich sehr zufrieden mit dem Verlauf der Aktionen. »Die Messe ist gesungen. Eine IAA in dieser Form wird es sicher nicht mehr geben.« Deutlich mehr Teilnehmende als erwartet beteiligten sich an den Aktionen. »Sand im Getriebe«-Sprecherin Marie Klee: »1.000 Menschen haben sich friedlich und besonnen mit ihren Körpern der mächtigen Autoindustrie in den Weg gestellt. Das hat alle unsere Erwartungen übertroffen.«

Und weiter: »In der Verkehrspolitik von Andreas Scheuer herrscht Stillstand. Lippenbekenntnisse zum Bahn-Ausbau reichen nicht. Die Autos müssen von der Straße und dort Platz machen für Fußgänger, Radfahrerinnen und die Bahn. Die Klimakrise lässt sich nur noch durch eine radikale Verkehrswende aufhalten! Das geht nur gegen die Konzerninteressen.«

»Sand im Getriebe« ist ein Bündnis aus verschiedenen klima-, verkehrspolitischen und globalisierungskritischen Gruppen. Das Bündnis fordert autofreie Städte, kostenlosen ÖPNV sowie einen massiven Ausbau von Fahrradinfrastruktur.

Link: https://sand-im-getriebe.mobi

INHALTSVERZEICHNIS

NACHRICHTEN SEITE 3
35 JAHRE CONTRASTE

PROJEKTE SEITE 4
PAH, SPANIEN
NETZWERK SELBSTHILFE

PROJEKTE SEITE 5
NEUSTART TÜBINGEN
BRAUWERKSTATT IM AUFBAU

PROJEKTE SEITE 6
DON QUIJOTE AM AMAZONAS

BEWEGUNG SEITE 7
MULTI-STAKEHOLDER-GENOSSENSCHAFTEN

ÜBER DEN TELLERRAND SEITE 8
AACHENER FRIEDENSPREIS
RECHTSTICKER

SCHWERPUNKT SEITE 9
TAUSCHLOGIKFREIHEIT ALS BEZIEHUNGSWEISE ALS REVOLUTION

SEITE 10
UTOPIE: VOM BILD ZUR WISSENSCHAFT

SEITE 11
KÄMPFERISCHE KEIMFORMEN?

SEITE 12
COMMONS UND ALTERNATIVE PROJEKTE IM HANDGEMENGE

BIOTONNE SEITE 13
KOOPERATIVE LANDWIRTSCHAFT, LEIPZIG
ACKERILLA

KUNST & KULTUR SEITE 14
»WIR KÖNNTEN AUCH ANDERS«
BRIEFMARKEN MIT WIDERSTÄNDIGER GESCHICHTE

REZENSIONEN SEITE 15
BLUES DER STÄDTE
DAS MÄRCHEN VOM GRÜNEN WACHSTUM
VÖGELN STATT TURNEN
DECKNAME JENNY
EINFÜHRUNG IN POSTWACHSTUM

TERMINE SEITE 16
KLEINANZEIGEN, IMPRESSUM

Contraste ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer fünf Wochen vor dem Erscheinungsmonat. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Das Redaktionsselbstverständnis ist nachzulesen unter:

www.contraste.org/redaktionsselbstverständnis.htm

contraste abonnieren!

Standard-Abo (Print oder PDF) zu **45 Euro** jährlich

Kombi-Abo (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich

Kollektiv-Abo (fünf Exemplare) zu **100 Euro** jährlich

Fördermitgliedschaft mind. **70 Euro** jährlich, für juristische Personen (Betriebe, Vereine, usw.) mind. **160 Euro** jährlich

EIne **Fördermitgliedschaft** bedeutet, Contraste finanziell zu unterstützen. Daraus resultieren keine weiteren Verpflichtungen.

Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.

Bestellen unter: **abos@contraste.org**

Schnupperabo

(läuft automatisch aus, keine Kündigung nötig):
3 Ausgaben **7,50 Euro** (bei Lieferung ins europäische Ausland **10 Euro**)

BLICK VOM MAULWURFSHÜGEL

Grafik: Eva Sempere

STADTLUFT MACHT FREI

ULI FRANK

»Dich, o Thurm will ich begrüßen Ernst und stark, aus Quadern mächtig Aufgebaut, schaust Du bedächtig Auf die Stadt zu Deinen Füßen« – so lautet die Inschrift auf dem »roten Turm« im Zentrum von Halle an der Saale. Dort sitze ich und beobachte die uralte Turmuhr, die immer noch (seit 1486) pünktlich läuft ... und denke an die vielen Menschen, die sich im Laufe der Zeit unter ihr tummelten.

Um mich herum sind die bunten Stände eines städtischen Wochenmarktes aufgebaut. Dazwischen schieben sich die Menschen hin und her, betrachten mehr oder weniger gründlich die vielen bunten Auslagen, bleiben an »ihrem« Marktstand stehen, dem sie vielleicht schon seit Jahren treu sind, und halten dort ein Schwätzchen. Andere treibt die Lust auf ein Schnäppchen umher, manche lassen ihre Blicke schweifen, um Bekannte zu entdecken. Die Atmosphäre ist entspannt: Der Marktplatz ist für den Straßenverkehr gesperrt.

Im Mittelalter waren die Marktplätze der Mittelpunkt der Städte und die Märkte Zentrum des städtischen Lebens. Und gab es dort sicher auch Gaukler, Märchenerzähler, Prediger, Bader und Quacksalber. Und ganz besonders interessant dürften die Fernhandels-Kaufleute gewesen sein, die seltene Dinge aus fernen Ländern brachten und damit einen Hauch Globalisierung in die Städte brachten. Hier unterschied sich das Leben fundamental vom Alltag auf dem Land.

Besonders faszinierend musste die Stadt für Leibeigene der ländlichen Feudalherren sein; denn die Städte boten für sie die einzige Chance aus der Leibeigenschaft herauszukommen. »Stadtluft macht frei« hieß die Regel: Wer »über Jahr und Tag« sich im Gewusel der Stadt verstecken konnte, wurde frei und durfte von seinem ehemaligen Feudalherren nicht zurückgeholt werden. Zwar war das nicht der Eintritt ins Paradies — auch das Leben in den Städten war hart: Es mussten Gebühren bezahlt und das Bürgerrecht teuer erkauft werden von denen, die es nicht geerbt hatten. Die größte Chance für ehemalige Leibeigene war, irgendwo als Magd oder Knecht oder Dienstbote arbeiten zu dürfen. Aber in der Stadt konnte man z.B. heiraten, wen man wollte, Besitz haben und erben und vererben: Stadtluft machte frei und bot ganz neue Möglichkeiten!

Kein Wunder, dass eine regelrechte urbane Revolution einsetzte: Allein in Deutschland entstanden innerhalb von 250 Jahren fast 2.000 neue Städte.

Die relative Freiheit von den Feudalherren und die Selbstorganisation der Bürger (z.B. in den Zünften) lösten gewaltige ökonomische, kulturelle und wissenschaftlichen Aktivitäten aus. So wurden die Städte mit ihren Märkten zum entscheidenden Transformationshebel vom Mittelalter zur Neuzeit.

Ihre Attraktivität hat »die Stadt« bis heute nicht eingebüßt. Seit 2008 leben weltweit mehr Menschen in der Stadt als auf dem Lande. 2050 sollen es schon 70 Prozent sein.

Und was ist mit den städtischen Wochenmärkten wie der unter dem »roten Turm« in Halle? Sie tragen kaum mehr zur Versorgung der Bürger bei, aber erinnern daran, dass die Menschen neben dem Drang nach Handlungs- und Handels-Freiheit auch das Bedürfnis nach Überschaubarkeit, Vertrautheit und Stabilität haben – vielleicht genau das, was Hartmut Rosa in seinem Resonanzbuch unter »Heimat« versteht.

Mitmacher*innen gesucht!

Wir von der CONTRASTE sind immer auf der Suche nach Menschen, die sich vorstellen können, regelmäßig Artikel zu schreiben, zu redigieren oder einzelne Seite und/oder Schwerpunkte zu planen.

Wir freuen uns aber auch über Redakteur*innen zu bestimmten Themen, etwa Klimawandel oder Degrowth, was nicht bedeuten muss, selbst zu schreiben, sondern im Blick zu haben, was aktuelle, berichtenswerte Themen oder Ereignisse sind und wer für Beiträge darüber angefragt werden könnte.

Arbeit für die CONTRASTE ist ehrenamtlich, bietet aber die Möglichkeit, Informationen über interessante Projekte zu verbreiten, kritische Diskussionen anzuregen und journalistische Erfahrung zu sammeln. Wir treffen uns zwei Mal pro Jahr zu gemeinsamen Plena und kommunizieren ansonsten per Mail und Telefon.

Bei Interesse meldet euch unter koordination@contraste.org

AKTION 2019

Hurra, mal wieder gerettet

Liebe Leser*innen,

das Spendenziel ist erreicht. Der Spätsommer hat uns doch noch einen kräftigen Euro-Sonnenbrand gebracht, tut gar nicht weh, im Gegenteil: Große Freude kommt in der Redaktion auf, dass wir wieder mal ein Jahr über die Runden gekommen sind. Jahr für Jahr wanken wir, aber es gibt kein Verzagen, wir machen einfach weiter.

Ähnlich wie beim Kampf gegen die Erderwärmung. Auch wenn die Lage angesichts der herrschenden Politik aussichtslos erscheint, bleibt keine Alternative als weiterzumachen. Einerseits weiter und weiter Druck aufzubauen, dass beispielsweise die Braunkohle endlich im Boden bleiben möge, zum anderen mit Neuem im Alten konkret zu beginnen. Fakt ist: Jedes Zehntelgrad mehr an Erwärmung tötet Menschen, Tiere und Pflanzen. Anders gesprochen, jedes Zehntelgrad weniger rettet viele Leben. Die Überwindung des Kapitalismus und stattdessen ein solidarisches Wirtschaften weltweit, das steht inzwischen als Überlebensfrage auf der Tagesordnung. Machen wir das unmöglich Erscheinende, Schritt für Schritt, Step by step, Pas à pas, Paso a paso, Bi gav, ...

Vielen Dank. Mit für uns sagenhaften 2.524,54 Euro an neu eingegangenen Spenden sind insgesamt 7.296,21 Euro für die Aktion 2019 eingegangen. Mit dem Überschuss können wir nun sogar die Erhöhung des Portos ausgleichen. Die uns wohltuende Besorgnis einer Spenderin, dass ihr echt was fehlen würde, wenn es die CONTRASTE nicht mehr gäbe, können wir vorerst zerstreuen. Noch demnächst eingehende Spenden werden wir in die Aktion 2020 einrechnen, die Ende des Jahres starten wird.

Der Abostand: Vier Abos neu, davon drei befristete Geschenkabos. Weitere zwei wurden auf Kollektivabos aufgestockt. Dem stehen zwei Kündigungen entgegen. Eine Fördermitgliedschaft wurde wegen Geldmangel aufgegeben. Ein Geschenkabo für P.D. könnte helfen? 170 Werbeexemplare verschickten wir nach Weinstadt, Bremen und Berlin. In Köln wurden auf der F4F-Demo 50 aktuelle Exemplare gegen eine kleine Spende an Interessierte weitergegeben. Weiter so, einfach melden.

Gerne würdigen wir unsere Spender*innen durch Namensnennung, schreibt dazu bitte im Verwendungszweck »Name ja« oder sendet eine E-Mail an abos@contraste.org.

Aus der CONTRASTE-Redaktion grüßt

Heinz Weinhausen

Wir danken den Spender*innen

S.A.+A.V.	50,00
M.A.	38,00
M.A.+M.T.	100,00
L.c. + M. L.	8,00
K.N.M.	5,00
L.K	20,00
G.L	50,00
G.H.	200,00
R.K.	50,00
S.H.	100,00
S.G.+S.A:	100,00
G.G.	400,00
T.I.	250,00
Karl-Heinz Bächstedt, Berlin	200,00
P.M.	200,00
K.B., Göttingen	80,00
Gottfried Tonhauser-Kausch, Freiburg	500,00
betterplace.org	173,54

Das Zeitungsprojekt CONTRASTE hat das Spendenziel erreicht.

Spendenticker »Aktion 2019«

104,23 % finanziert **7.296,21** Euro Spenden **0** Euro fehlen noch

Spenden für CONTRASTE **CONTRASTE E.V.** **IBAN DE02508900000051512405** **BIC GENODEF1VBD**

IN EIGENER SACHE

35 Jahre CONTRASTE

▲ Mit viel Engagement dabei: In Köln verkauft Redakteur Heinz Weinhausen die CONTRASTE gern bei Demos und anderen Aktionen. Foto: Herbert Sauerwein

Wer wäre besser geeignet, unseren Leser*innen aus Anlass unseres Jubiläums etwas über die CONTRASTE-Geschichte zu erzählen als unser »dienstältester« Redakteur Burghard Flieger? Die Fragen stellten ihm »Mit-Urgestein« Ariane Dettloff und unsere Heft-Koordinatorin Regine Beyß, zugleich jüngstes Mitglied der Redaktion.

Warum und von wem wurde die CONTRASTE vor 35 Jahren gegründet?

Wer damals im Einzelnen mit dabei war, weiß ich nicht mehr. Auf jeden Fall ging die Initiative u.a. von Mitgliedern der Arbeiterselbsthilfe (ASH) Frankfurt aus, in dieser Zeit bundesweit einer der aktivsten und erfolgreichsten Selbstverwaltungsbetriebe. Dieter Poschen, viele Jahre wichtigster »Macher« der CONTRASTE, war mit seinem Freund Kurt Regenauer auch schon dabei. Die Zeitung hieß damals noch Wandelsblatt. Die Doppeldeutigkeit zu Handelsblatt und die Betonung des Wandels im Namen war gewollt, führte aber zu einer Unterlassungsklage seitens des Handelsblatts, der ohne Prozess aus finanziellen Gründen stattgegeben wurde.

Ort der Ideenschmiede war das Sommerseminar Alternative Ökonomie in Altenmelle, organisiert vom TAK AÖ, Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie, in dem ich engagiert war. Dort wurden erste Überlegungen, Name, Konzept, Gestaltung und Inhalte diskutiert. Im Mittelpunkt sollten alternativökonomische Ansätze mit den selbstverwalteten Betrieben und Projekten stehen. Ziel war es, für diese eine Art Sprachrohr zu sein, aber auch deutlich zu machen, dass Alternativen zur bestehenden Wirtschaftsweise möglich sind. Dies ist mit wechselnden Schwerpunkten und Ausformungen bis heute charakteristisch geblieben.

Was hat dich motiviert, so viele Jahre dabei mitzumachen?

Ich fand die Grundidee gut. Für mich war CONTRASTE von Beginn an der Versuch, eine Art Wirtschaftszeitung auf den Weg zu bringen, die enger mit den Ideen und Konzepten der Selbstverwaltung verbunden bleibt als die taz. Mitarbeiten wollte ich ursprünglich nicht, weil ich damals an meiner ersten Buchveröffentlichung »Produktivgenossenschaften oder der Hindernislauf zur Selbstverwaltung« gearbeitet habe. Dieter Poschen band mich aber früh zum Schreiben einzelner Artikel ein. Als er mir dann zwei Jahre später vorschlug, regelmäßig monatlich Artikel für eine Seite zum Thema Genossenschaften zu liefern, habe ich – ein wenig blauäugig – zugesagt, und dies mit wenigen Ausnahmen bis heute tatsächlich durchgehalten.

Wie hast du die Entwicklung der CONTRASTE erlebt?

Sie war schon sehr wechselhaft und auch immer wieder konfliktgeladen. Es gab wiederholt einzelne Personen, die sehr polemisch nach innen gegenüber Mitautor*innen als auch nach außen gegenüber verschiedenen alternativökonomischen Ansätzen agiert haben. Einer der ersten Höhepunkte war der Vorwurf bzw. Nachweis, dass die damalige Ökobank in die Rüstung investiere. Damit schaffte es die CONTRASTE sogar in die Schlagzeiten der herkömmlichen Presse. Für das Verhältnis zu etablierten, ökonomisch erfolgreicheren alternativökonomischen Betrieben wurde dies aber zur Bremse. Gemeinsame Wege mit dem Establishment der Selbstverwaltungsszene waren danach eher verschlossen.

Ruhiger Pool bei Konflikten und Zuspitzungen der internen Auseinandersetzungen war erstaunlicherweise Dieter Poschen – erstaunlich, weil er selten Stellung bezog. Aus Grundsatzdiskussionen hielt er sich raus und versuchte die verschiedenen Akteur*innen und Gegenpole zusammenzuhalten, indem er sie als »Zentrale« voneinander abschirmte. Vielen, die nach meiner Wahrnehmung in der Polarisierung einen gewissen Selbstzweck sahen, fehlte so der Resonanzboden. Sie haben die CONTRASTE dann irgendwann verlassen und sind anschließend journalistisch oft völlig in der Versenkung verschwunden.

Was war eines deiner schönsten Erlebnisse im Zusammenhang mit CONTRASTE?

Die CONTRASTE ist nach dem Tod von Dieter Poschen nicht sang- und klanglos verschwunden. Daran hatte unsere damalige Redakteurin Elisabeth Voss einen hohen Anteil. Mittlerweile nehme ich die CONTRASTE stärker als früher tatsächlich als selbstorganisiertes Medienprojekt wahr, in dem sich engagierte Menschen dafür einsetzen, die Weiterentwicklung von Wandelprojekten zu begleiten und öffentlich zu machen. Positiv hat sich bei mir auch das Bild der Redakteur*innen verankert, die ich nach vielen Jahren beim vorletzten Redaktionstreffen wieder getroffen habe: Engagiert, offen, konstruktiv wurde dort effektive Arbeit und gutes Leben miteinander verbunden.

Welche Probleme wurden wie gemeistert?

Die Weiterentwicklung der CONTRASTE ist in den letzten Jahren hervorragend gelungen. Das Layout und die Gestaltung sind besser geworden, die Stringenz und Qualität der Artikel konnte deutlich gesteigert werden und die interne Umgangsweise und Konfliktfähigkeit entspricht mittlerweile den eigenen Ansprüchen. Dazu haben die von vielen Seiten der Redaktionsgruppe angemahnte Versachlichung bei Konflikten, hohe Sozialkompetenz der Beteiligten und eine gewachsene Struktur der Netiquette beigetragen. Dass wir Regine Beyß für die Koordination gewinnen konnten, ist sicherlich ein wichtiger Baustein der gegenwärtigen Stabilisierung. Nun müsste nur noch das leidige Finanzthema eine spürbare Verbesserung erfahren.

Warum denkst du, braucht es auch heute noch eine Zeitung wie die CONTRASTE?

Eine Zeitung wie CONTRASTE braucht es gegenwärtig mehr als je zuvor. Jahrelang hat die Zeitung eher von ihren alten Leser*innen gelebt. Dies war und ist so etwas wie eine »treue Gemeinde«. Seit einiger Zeit schon stoßen die Themen, die wir aufgreifen, verstärkt auf Interesse auch bei jüngeren Menschen. Viele von ihnen bevorzugen allerdings kostenlose Informationen in digitaler Form. Insofern wird CONTRASTE trotz sich abzeichnender wachsender Aufmerksamkeit nicht im gleichen Umfang von diesem Wachstum profitieren.

Wie mit der Erwartung vieler von digitalen Lesegewohnheiten geprägten Leser*innen umzugehen ist – da bin ich selbst eher ratlos. Viele wollen Informationen möglichst kostenlos und in kleinen überschaubaren »Häppchen« aufbereitet bekommen. Eine Chance, dass CONTRASTE vielleicht dennoch von neuen Wandelaktiven profitiert, sehe ich in einer stärkeren Zusammenarbeit mit verschiedenen Verteilern, Newslettern und digitalen Medien der neu entstehenden Gruppen, die sich mit Alternativen in unserer Gesellschaft auseinandersetzen. So könnten verstärkt Synergien und ein Wachstum an bezahlten Abos zustande kommen.

Was würdest du dir für die nächsten Jahre für das Zeitungsprojekt wünschen?

Wie ich schon angedeutet habe, gehört zu dem Wunschkonzert auf jeden Fall eine bessere Finanzierung, so dass wir nicht immer wieder bangen müssen, ob es am Jahresende reicht. Ebenfalls gut wäre, wenn mindestens zwei oder drei neue Redakteur*innen dazukommen. Dies gilt für lokale oder regionale Redaktionsgruppen etwa in Ostdeutschland oder in Städten wie München und Frankfurt. Ebenso wichtig ist aber eine redaktionelle Erweiterung zu aktuellen Themenfeldern wie Postwachstumsökonomie, Digitale Vernetzung der Wandelbewegung oder wieder eine Kommune-Redaktion.

Denkst du, dass die Zeitung in den letzten 35 Jahren etwas verändern konnte? Welche Wirkung hat sie deiner Erfahrung nach?

Das ist schwer zu sagen. Empirisch erhobene Daten liegen uns dazu ja nicht vor. Die CONTRASTE ist aber sicherlich kein unwichtiger Baustein innerhalb der gesamten Wandel- oder Alternativökonomiebewegung. Sie wirkt nicht so spektakulär wie einzelne, situativ aufflammende Bewegungen wie Attac, Energiegenossenschaften, Fridays for Future – um nur einige wenige namentlich zu nennen. Ihre bisherige Kontinuität ist aber beeindruckend. Mit dieser Beständigkeit ist sie Mutmacherin und übernimmt ein wenig die Rolle eines »Informationsfels« in der Brandung der Informationswelt der Beliebigkeit. Durch beides kommt ihr eine kleine, eben nicht einfach entbehrliche Rolle im Chor der vielen Unentwegten zu, die sich für eine bessere Welt einsetzen.

Anlässlich unseres 35-jährigen Jubiläums laden wir am 18. Januar 2020 zu einer Feier in die SSM nach Köln ein. Merkt euch diesen Termin schon einmal vor, eine ausführliche Einladung folgt. Außerdem wollen wir unser Archiv zugänglicher machen und stellen auf unserer Webseite bald alte Pdf-Ausgaben der CONTRASTE zum Stöbern zur Verfügung..

MELDUNGEN

Den Container aus dem Hafen holen!

Seit Mitte August wird ein Container im Hafen von Conakry (Guinea) aufgehalten. Die Behörden fordern 1.700 Euro an Zoll- und Hafengebühren, obwohl dem gemeinnützigen Projekt im Vorfeld zugesagt wurde, dass keine Kosten entstehen. Gepackt wurde der Container im vergangenen Jahr in Kassel und Umgebung (Contraste berichtete). Er enthält u.a. Werkzeuge, Gartengeräte, Fahrräder und Nähmaschinen. Die Materialien werden vom KünstlerInnenkollektiv »Faso Kele« benötigt, um in seinem Ökodorf weitere Häuser zu errichten sowie eine Näh- und Hauswerkstatt und ein Café aufzubauen. Für die Begleichung der Zollkosten ist das Projekt dringend auf Spenden angewiesen.

Spendenkonto:
Globale Gerechtigkeit e.V.
IBAN: DE67 4306 0967 2032 2373 00
BIC: GENODEM1GLS
Verwendungszweck: Faso Kele Container
Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

Link: www.fasokele.org
Kontakt: julia@fasokele.org

10 Jahre Montagsdemos

Die kreative und widerständige Bewegung gegen das klimaschädliche Immobilien- und Infrastrukturprojekt Stuttgart21 und für einen funktionierenden Kopfbahnhof feiert wieder mal ein Jubiläum: Seit inzwischen zehn Jahren demonstrieren jeden Montagabend um 18 Uhr anfangs tausende und inzwischen immer noch jeweils mehrere hundert engagierte BürgerInnen gegen eine rückwärtsgewandte Verkehrspolitik und die Zerstörung ihrer Stadt. Fast ebenso lange – und durchgehend rund um die Uhr – steht die Mahnwache als Informations- und Treffpunkt vor dem Kopfbahnhof.
Nach dem Motto »Ihr kriegt uns nicht los – wir Euch schon!« findet die 484. Montagsdemo mit Winfried Wolf und Volker Lösch am 7. Oktober vor dem Hauptbahnhof statt. Wolf wird danach im Rathaus sein neues Buch (» …Warum S21 gestoppt werden muss«) vorstellen. Am 8. Oktober steigt im wohl ausverkauften Theaterhaus die »Revue zum Protest« – u.a. mit Christine Prayon, Max Uthoff, Uta Köbernick und Gadjo Trio.

Info: www.kopfbahnhof-21.de

betterplace.org
Diese Seite wurde mit 250 Euro von Spender*innen über betterplace.org finanziert. Vielen Dank!
Mitmachen via betterplace.org/p56276

ANZEIGE

Viva la autonomía!
Solidarischer Handel mit Kaffee & Tee von zapatistischen Kooperativen und vom CRIC/Kolumbien

Espresso aus handwerklicher, kollektiver Trommelröstung
Kaffee Kollektiv Zapatista
Am Veringhof 11
21107 Hamburg
Tel: 040 - 28780015
Infos und Online-Shop:
www.aroma-zapatista.de

ORGANISIERUNG VON BETROFFENEN DER HYPOTHEKENKRISE

» Ja, es geht! «

» Sí, se puede! « (» Ja, es geht! «) – dieser Ausruf, auf Dolores Huerta und die United Farm Workers of America zurückgehend, ist das Motto der spanischen Initiative Plataforma de Afectados por la Hipoteca (PAH). Unter diesem Namen organisieren sich seit 2007 Betroffene der Hypothekenkrise. Viele kommen zuerst wegen der eigenen Notsituation, bleiben dann aber wegen der sozialen Beziehungen.

ANJA LENKEIT UND DAVID KLÄSSIG, KÖLN

▲ Erfahrungen teilen: Betroffene der Hypothekenkrise diskutieren beim Plenum der Initiative PAH. Foto: Lenkeit/Klässig

In der Bundesrepublik wohnen verhältnismäßig viele Menschen zur Miete, in anderen europäischen Ländern hat Wohneigentum einen viel höheren Stellenwert – so auch in Spanien. Jahrzehntelang wurde von Seiten der Regierung, gemeinsam mit dem Bankenwesen, gepredigt, wie wichtig und sinnvoll Immobilenbesitz sei. Anstatt sein Leben lang Miete zu zahlen, sei es besser, sich per Kredit Wohneigentum anzuschaffen. Nachdem der Kredit nebst Zinsen getilgt ist, lebt man in seiner eigenen sicheren Wertanlage. Denn kein Anlagemodell sei sicherer als Immobilien.

Durch dieses Mantra wurde Wohneigentum quasi zur gesellschaftlichen Norm: »Du bist erst jemand, wenn du eine Immobilie hast, das wurde uns immer vermittelt«, so ein PAH-Aktivist. Die Kombination aus gesellschaftlicher Norm und die viel zu laxe Kreditvergabe führten dazu, dass Menschen sich finanziell übernahmen. Ohne Menschen ihre Eigenverantwortlichkeit abzusprechen: Doch wenn seit den 1950er Jahren von der Politik der Wohnungskauf propagiert und Mieter*innen als gesellschaftliche Verlierer*innen dargestellt werden, die ihr Geld wegwerfen, und Banken versprechen, selbst wenn der Kredit nicht zurückgezahlt werden kann, dass immer noch die Möglichkeit bliebe, die Immobile gewinnbringend zu verkaufen, wird der Eindruck vermittelt, es gäbe kein Risiko.

Diese Mär wurde durch die Immobilien- bzw. Banken- und Wirtschaftskrise schonungslos dekonstruiert. Einhergehend mit Arbeitsplatzverlusten im Bausektor und durch die staatlichen Sparmaßnahmen auf Druck der EU (Rente, öffentlicher Dienst, Gehälter im Gesundheitssektor usw.) wurde der Traum vom Eigenheim zum Albtraum. Massenhaft konnten Menschen ihre Hypotheken nicht mehr bedienen und standen plötzlich vor dem Nichts. Viele junge Menschen müssen lange mit drei Generationen unter einem Dach leben.

Seit 2003 ist die Bewegung »W wie wohnen« aktiv. Anstatt aus der finanziellen Deprivation auch eine soziale werden zu lassen, organisierten sich einige dieser Personen und schufen 2007 in Barcelona die Plattform für Betroffene der Hypotheken (PAH). Diese ist parteiunabhängig und ideologieunabhängig, nicht fremdfinanziert und wird durch reines Ehrenamt von (in)direkt Betroffenen vom »Betrug der Hypothekenbanken« organisiert. Sie ist hierarchiefrei, sodass es keine Expert*innen gibt, die individuell beraten, sondern ein offenes wöchentliches Plenum, bei dem auf der einen Seite durch Mehrheitsentscheidungen verbindliche Entscheidungen getroffen werden und bei dem auf der anderen Seite Betroffene berichten und (in) direkt Betroffene ihre Erfahrungen mitteilen, sodass jede*r empowert wird, den Kampf für den Wohnraum selbst durchzuführen.

Die Rollen in der Gruppe werden möglichst gewechselt, damit sich nicht Wenige freiwillig selbst ausbeuten und nicht mehr mitarbeiten können. Natürlich gibt es hierbei die Unterstützung aus der Gruppe, die durch kollektive Besetzungen des von Banken beschlagnahmten Wohnraums (der mit öffentlichen Geldern gerettet wurde und somit eigentlich sowieso der Öffentlichkeit zustehen würde), Anwesenheit bei dem Versuch der Zwangsräumung oder Besetzungen von Bankfilialen mit dem Ziel des Dialogs über einen Schuldenerlass präsent sind und physisch und psychisch helfen, Betroffene aus der Ohnmacht in die Selbstermächtigung zu bringen und ihnen die zugeschriebene Schuld auszureden.

In Spanien haben so über 3.000 Personen durch Hausbesetzungen eine Unterkunft. Die Hausbesetzungen werden für Familien durchgeführt und sind kein rein ideologisches Projekt: Es wurden 500.000 Zwangsräumungen durchgeführt, obwohl 3,5 Mio. Wohnungen leerstanden, sodass 2 Mio. Menschen auf der Straße standen. (250.000 wegen ausstehender Mieten, welche im Übrigen in Barcelona um 10 Prozent gestiegen sind, wobei nur ein Prozent dem öffentlichen Wohnungsbau zugehörig ist). Einen Mieterschutzverein, eine Mietpreisbremse oder ein Miethäusersyndikat gibt es in Spanien noch nicht. Auch nach einer Zwangsversteigerung behalten die Betroffenen die Schulden, eine langfristige Privatinsolvenz wie in Deutschland existiert nicht, obwohl das spanische Immobiliengesetz vom Europäischen Gerichtshof für ungültig erklärt wurde.

Die Banken versuchen die Hausbesetzer*innen zu kriminalisieren, doch sie wollen keine schlechte PR. Die PAH hat in Kooperation mit dem Medienkollektiv Enmedio öffentlichkeitswirksame Aktionen organisiert, wie das Anbringen von großen Porträts von Betroffenen an Bankfilialen, Flashmobs in Bankfilialen oder die Aktion »Ich werde niemals in meinem Scheißleben eine eigene Wohnung haben«. Durch die transparente Arbeit hat die PAH, die immer gewaltfrei agiert, einen sehr hohen Zuspruch innerhalb der spanischen Bevölkerung. Diese Zustimmung ist wichtig, um Druck auf die Banken und die Politik auszuüben.

Neben direkten Aktionen arbeiten sie Gesetzesvorschläge und konkrete Änderungsmöglichkeiten aus, beispielsweise über das Verbot von Strom- und Wassersperren (Stichwort Energiearmut), dem im Autonomieparlament Kataloniens zugestimmt wurde, das aber im Nationalparlament Spaniens wieder gekippt wurde. Zudem führen sie eigene Statistiken über Wohnungsleerstand und bilden Netzwerke.

Auch die PAH Madrid hat Gesetzesentwürfe im autonomen Parlament eingereicht. Obwohl in Madrid und Barcelona zeitweise Bürgermeister*innen aus linken Wahlbündnissen (Ahora Madrid, Barcelona en comu) regierten, fühlen sich die Betroffenen nicht ausreichend vertreten. In Barcelona gibt es mittlerweile Mediator*innen bei der Polizei, und es dürfen keine neuen Hotels gebaut werden, da Wohnraum fehlt und der Massentourismus ein Problem für die Bevölkerung darstellt. Mittlerweile haben die Banken zu Gegenmaßnahmen gegriffen und bedienen sich vermehrt einer intransparenten, im Dunstkreis spanischer Faschisten rekrutierenden Räumungsfirma (Desokupa), die gewaltvoll vorgeht, um Privatwohnungen zu räumen, sodass Obdachlosigkeit und Unsicherheit wieder zunehmen.

Wir lernen reisend

Anja Lenkeit und David Klässig sind Sozialwissenschaftler*innen, die im Zuge mehrerer Forschungsreisen selbstorganisierte Projekte in Griechenland und Spanien besucht haben. Das Ziel war es, mit den Beteiligten über die Themen Soziale Bewegungen, Selbstorganisation und Institutionalisierung zu sprechen, um sich ein eigenes, ungefiltertes Bild zu verschaffen. Im Sinne der Projekte und der dahinterstehenden Philosophien sind sie zu dem Schluss gekommen, dass sie diese für alle interessierten Personen zugänglich machen möchten. Jeden Monat stellen sie in der CONTRASTE eines der Projekte vor.

Mehr auf ihrem Blog unter: www.wirlernen-reisend.wordpress.com

NETZWERK NEWS

NETZWERK der politische Förderfonds

Fördern - Vernetzen - Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V., als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds, ist mit seiner Idee seit nunmehr 40 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt: Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen Unterstützer*innen und Spender*innen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

www.netzwerk-selbsthilfe.de

Berlin: gutes Wohnen, schlechtes Wohnen!

Mietendeckel: Ein kleines Nominalkompositum, das eher dumpf und sperrig klingt, versprühte im Spätsommer ungeahnte Wogen der Zuversicht; und das trotz des Weltuntergangs, der uns so oder so bevorsteht. Dabei brachte vor allem ein Punkt das Blut in Wallung und das Becken zum Beben: Absenkung der Mieten in bestehenden Verträgen! Welch Poesie, welch Minnesang und grandiose Idee, um so etwas wie eine Decklung tatsächlich konsequent durchzusetzen. Um es frei nach Rilke zu formulieren: »Die Zeit der anderen Auslegung wird anbrechen, und es wird kein Wort mehr auf dem anderen stehen!« Aber was einerseits so entzückend in die richtige Richtung zu laufen scheint (das letzte Wort ist ja noch nicht gesprochen), hat sich an anderer Stelle total verrannt.

Eigenbedarf: Klingt zwar auch mehr nach Blähungen als nach Sprache, ist aber einer der häufigsten Gründe für einen unfreiwilligen Auszug aus angestammten Wohnungen. Insgesamt gibt es pro Jahr bundesweit laut Schätzungen 60.000 bis 80.000 Eigenbedarfskündigungen*. Und die Gerichte entscheiden sehr … – sagen wir mal eigenwillig bei der Abwägung zwischen dem Anspruch der Eigentümer*innen und den Schutzinteressen der Mieter*innen. So wurde im August 2019 beispielsweise das Alter und die Demenzerkrankung einer 83-jährigen Mieterin, die seit 40 Jahren in ihrer Wohnung lebte, vom Bundesgerichtshof nicht als Härtefall beurteilt. Von allen Witzen über Demenz, die einem in diesem Zeit – von rechten Freikorps (den nationalistisch-monarchsitischen Schlägertrupps unter Eberts sozialdemokratischer Führung) in Stadelheim ermordet. Wie Toller später berichtete, hat man ihn verprügelt, misshandelt, in den Kopf und Rücken geschossen, ihn entkleidet, beraubt und tot in die Waschküche geschmissen.

E3K Wohnen heißt Bleiben — Eigenbedarf kennt keine Kündigung!

Die AG »E3K Wohnen heißt Bleiben« hat es sich zur Aufgabe gemacht Mieter*innen im Kampf gegen Eigenbedarfskündigungen zu unterstützen. Sie stellen den Eigenbedarf der Mieter*innen an oberste Stelle und kämpfen für das Recht auf Wohnraum. Denn auch wenn es kein leichter Weg ist, es gibt Tipps und Strategien, die zum Erfolg führen können. Gemeinsam untersuchen sie konkrete Fälle von Eigenbedarfskündigungen, unterstützen Kiez- und Nachbarschaftsversammlungen, organisieren Aktionen gegen Eingenbedarfskündigungen und arbeiten mit Mieter*innengruppen zusammen. Auf ihrer Website klären sie über Mieter*innen-Rechte auf, vermitteln Kontakte zu Rechtsanwält*innen, organisieren regelmäßige Treffen und stellen eine Sammlung erfolgreich abgewendeter Eigenbedarfskündigungen zur Verfügung. Mit diversen Maßnahmen kann bereits der Verkauf der Wohnung vermasselt werden. Dementsprechend organisiert die Gruppe auch »Besichtigungsbegleitungen«, die den potenziellen Verkauf nicht nur stören, sondern den Käufer*innen auch deutlich vor Augen führen, dass in »ihrem Objekt« Menschen leben. Wir sind mehr und wir lassen uns nicht verdrängen!

Mehr Infos unter: http://www.wem-gehoert-kreuzberg.de/index.php/bleibe-n

* laut MieterEcho der Berliner Mieter-Gemeinschaft

Maina Rariér Kilre

NEUSTART TÜBINGEN

Wohnen neu denken

▲ Die Ziele der Initiative »Neustart Tübingen« auf einen Blick

Foto: Neustart Tübingen

Inspiriert von den Texten und konkreten Projekten rund um den Think Tank »Neustart Schweiz« gründete sich vor zwei Jahren die Initiative »Neustart Tübingen«. Ziel ist der Aufbau einer Wohngenossenschaft nach dem Neustart-Modell für 500 Bewohner*innen mit einer umfassenden sozial-ökologischen Infrastruktur.

INITIATIVE NEUSTART TÜBINGEN

Hintergrund der Initiative ist, dass in Tübingen seit 30 Jahren eine vergleichsweise progressive Stadtentwicklungspolitik umgesetzt wird, und trotzdem – bzw. auch deswegen – auch hier die Mieten seit zehn Jahren massiv ansteigen. Neue Stadtteile wie das »Französische Viertel« wurden nach dem »Tübinger Modell« im Konzeptvergabeverfahren an Baugruppen statt an meistbietende Investoren vergeben und in Form der alltagstauglichen, nutzungsgemischten Stadt der kurzen Wege entwickelt. Sie bieten hohe Wohn- und Lebensqualität und tragen so zur steigenden Attraktivität Tübingens und damit auch zum Ansteigen der Mietpreise bei. Zudem ermöglicht das Eigentumsmodell der Baugruppen den Weiterverkauf von Wohnungen und damit steigende Mietpreise.

Daneben hat Tübingen eine lange Tradition von Hausbesetzungen – aktuell ist im Sommer 2019 wieder ein Haus besetzt und wird voraussichtlich in ein Wohnprojekt umgewandelt. Das Mietshäuser Syndikat ist mit sechs Projekten und rund 300 Bewohner*innen in Tübingen breit verankert. Der Ansatz »Immobilien dem Markt zu entziehen« wird auch im Gemeinderat und der Stadtverwaltung verstanden und die Gründung von Syndikatsprojekten unterstützt.

Hinzu kam in den letzten Monaten die Diskussion darum, ob und wie Tübingen noch wachsen, wie viel Fläche noch bebaut werden soll, verbunden mit der Frage, wie ein gutes Leben für alle aussehen kann. Großen Einfluss hat außerdem das zunehmende Interesse älterer Menschen an neuen, gemeinschaftlichen Wohnformen.

Auf der Suche nach Beispielen, wie Wohnen dauerhaft dem Markt entzogen und bezahlbare Mieten garantiert werden können, wie mehr Diversität der Bewohner*innen realisiert werden kann, als in den bestehenden Wohnprojekten, und wie zudem höhere ökologische Standards erfüllt werden können, ohne dass darunter die Wohnqualität leidet, stießen wir auf neue Wohnbaugenossenschaften in Zürich.

Dort haben einige neue Genossenschaften die Tradition der Genossenschaftsbewegung aufgegriffen und innovativ fortgeführt. Ideen und Konzepte aus Zeiten der Jugendunruhen und Hausbesetzungen Anfang der 80er Jahre wurden dabei ebenso mitgenommen wie aktuelle Debatten um Postwachstum, Commons und die 2.000-Watt-Gesellschaft. Ausgangspunkt war dabei auch das Buch »bolo'bolo«, in dem der Autor p.m. 1983 eine konkrete gesellschaftliche Utopie entwarf, aus der sich Elemente im Neustart-Konzept finden. Auf der englischen Homepage http://o500.org/ ist das übergreifende gesellschaftliche Modell ausführlich erläutert.

Zwischen Bern und Basel existieren inzwischen mehrere Projekte, die die Idee der zusammen wirtschaftenden, genossenschaftlich organisierten Nachbarschaft in unterschiedlichen Formen und verschiedenem Umfang umsetzen. Am bekanntesten sind die beiden Züricher Projekte Kalkbreite (250 Bewohner*innen) und Hunziker Areal/Mehr als Wohnen (1.200 Bewohner*innen und 150 Arbeitsplätze).

In Tübingen möchten wir nach dem Modell Neustart Schweiz ein großes Projekt für eine sozial gemischte Bewohner*innenschaft bauen: 500 Personen finanzieren und nutzen gemeinsam bezahlbaren Wohnraum in unterschiedlichen Formen wie Einzelappartements, Familienwohnungen, WGs, Clusterwohnungen, etc. Mit lebenslangem Wohnrecht geht dabei die Bereitschaft einher, je nach Lebensphase und Bedarf im Projekt umzuziehen. Dafür gibt es statt großer Privatwohnungen viele gemeinsame Flächen sowie eine sozial-ökologische Infrastruktur für alle, auch für die umgebende Nachbarschaft: Gäste- und Jokerzimmer, Werkstätten, Geräte- und Materiallager, Bar/Kneipe, Bewegungsraum, Anschluss an eine solidarische Landwirtschaft … – auch Sorge- und Pflegedienstleistungen sind angeschlossen.

Unsere Arbeitsstruktur sind ein offenes Plenum sowie feste Arbeitskreise. Darin engagieren sich etwa 50 Personen kontinuierlich. Dazu gibt es ein weiteres Umfeld von Personen, die sich phasenweise einbringen.

Nach verschiedenen Veranstaltungen, in denen wir das Neustart-Konzept als Weiterentwicklung des Tübinger Modells stadtweit bekannt gemacht haben, befinden wir uns momentan im Gründungsprozess der Genossenschaft sowie dem Aufbau der notwendigen Strukturen. Denn mit dem Areal Marienburgerstraße in der Tübinger Südstadt gibt es eine innerstädtische Fläche, die in den nächsten zwei Jahren entwickelt werden soll und für unser Vorhaben geeignet ist. Daher führen wir diesbezüglich konkrete Gespräche mit Gemeinderat und Stadtgesellschaft sowie der Stadtverwaltung. Um für 500 Personen bauen zu können, müsste der Gemeinderat die bisherige Praxis der Optionsvergabe nach »Kleinteiligkeit« an viele unterschiedliche Bauträger ändern. Da wir in den unterschiedlichsten Gesprächen immer wieder merken, wie überzeugend das Neustart-Konzept ist, sind wir hoffnungsvoll, dass der Gemeinderat unsere Bewerbung als große Genossenschaft zulassen wird.

Links:
neustart-tuebingen.mtmedia.org,
neustartschweiz.ch/nach-hause-kommen

CRAFT-BEER AUS DER KOMMUNE

Geschichte einer Brauwerkstatt im Aufbau

Unsere Brauwerkstatt ist noch so neu, dass ich mich fast sträube, jetzt schon darüber zu berichten - uns gibt es erst seit wenigen Monaten. REBELLION, unsere Brauwerkstatt, ist Teil des Kulturbetriebs in der Kommune Waltershausen (kurz: KoWa). Wir sind momentan zu zweit im Braukollektiv und möchten mit selbstgebrautem Bier unsere Kulturkneipe unterstützen. Seit diesem Sommer bieten wir dort Bierseminare an, wo Teilnehmer*innen entweder lernen, ihr eigenes Bier herzustellen, oder unter Anleitung Biere verköstigen können.

NIELS NOLTE, WALTERSHAUSEN

Bei uns kommen Menschen eventuell zum ersten Mal in ihrem Leben mit ausländischen Bierstilen in Kontakt. Die »Craft Beer«-Szene (auf Deutsch etwa: Kreativbierszene) ist sehr international aufgestellt und lässt sich gerne auf ausgefallene Experimente ein, da können dann auch schon mal Pfefferkörner oder Himbeeren im Bier landen. Das sorgt oft für Überraschungen, denn wer bisher nur Pils, Helles und Weizen kannte, wird staunen, was mit etwas Mut geschmacklich beim Bier so möglich ist.

Auch wenn es bei REBELLION in erster Linie um Freude am Handwerk und den Biergenuss geht, haben wir den Anspruch aufzuzeigen, was die Bierindustrie des 21. Jahrhunderts so treibt. Interessanterweise hat diese in Deutschland einen sehr guten Ruf und gibt viel auf ihr Bier. Die Grossbrauereien schmücken sich gerne mit dem »Reinheitsgebot« und es gibt sicher viele Menschen, die fest davon überzeugt sind, dass außerhalb von Deutschland gutes Bier nicht existiert. Das Reinheitsgebot ist als solches leider kein Garant für Natürlichkeit oder gar qualitativ hochwertige Zutaten. Um nur ein Beispiel zu nennen: Für die Klärung des Bieres wird standardmäßig eine Art Plastikmehl eingesetzt, sogenanntes Polyvinylpolypyrrolidon (PVPP), was dann dabei hilft, das Bier länger haltbar zu machen. Das PVPP wird dann zwar wieder herausgefiltert, aber wer würde denken, dass so etwas mit dem »Reinheitsgebot« in Einklang steht? Auf dem Etikett muss die Industrie das jedenfalls nicht ausweisen. Es gibt viele weitere Zusatzstoffe, die in der Industrie Verwendung finden, und wenig Menschen wissen davon.

Bei REBELLION orientieren wir uns an dem »Natürlichkeitsgebot«, das der Deutsche Kreativbrauer e.V. ins Leben gerufen hat und wo es selbstverständlich ist, Zutaten zu verwenden, die natürlichen Ursprungs sind. Hier wird nicht filtriert. Hopfenextrakte, wie sie in der Industrie oft Verwendung finden, sind tabu. Ungewöhnliche Zutaten wie Früchte und Gewürze sollen ausprobiert werden können – letztere sind per »Reinheitsgebot« für die Bierherstellung eigentlich untersagt.

Wir sind wie gesagt noch brandneu und brauen bisher auf sehr kleiner Skala. Bisher gibt es bei uns maximal 20 Liter Bier (etwa zwei Kästen) pro Brauvorgang, was einer Standardmenge in der Hobbybrauerszene entspricht und uns genug Raum für Bierexperimente lässt. Langfristig ist es uns ein Anliegen, dazu beizutragen, die Bierlandschaft wieder mehr zu diversifizieren, mit kreativen Bieren zu bereichern, den Mythos des Reinheitsgebots zu entlarven, Menschen zum Selberbrauen zu ermutigen, Kritik an den großen Brauereien zu thematisieren und in der Region ein Netzwerk von Kleinbrauereien und Hobbybrauer*innen zusammenzubringen und sichtbar zu machen. Letztlich tragen wir aber auch einfach einen kleinen Teil zur Selbstversorgung in der Kommune bei.

Bierseminare finden bei uns bisher noch sehr unregelmäßig statt. Wer Lust darauf bekommen hat und in der Gegend ist, informiere sich mal auf unserem Kommune-Blog über das aktuelle Kursangebot: www.kommune-kowa.de

ANZEIGE

DEBATTE ZUM WIDERSTAND GEGEN DAS EU-MERCOSUR-HANDELSABKOMMEN (TEIL 2)

Don Quijote am Amazonas

▲ Verladestation des Soja-Großhändlers Cargill in Santarem am Amazonas, von der Soja als Futtermittel Richtung Europa verschifft wird. In der Erntezeit liefern bis zu 1.000 Groß-LKW Soja aus dem Landesinnern hierher. Die Halle wurde trotz Protesten der lokalen Bevölkerung ohne Umweltverträglichkeitsprüfung illegal errichtet. Der Cargill-Schriftzug auf der Lagerhalle (Mitte) ist notdürftig übermalt, um die Fischer und Reisenden auf dem Amazonas nicht an den Multi zu erinnern. Foto: Wolfgang M. Simon / www.gentechnikfrei21.de

Warum die Empörung über den brennenden Amazonas-Urwald gerade wirkungslos verpufft, statt einen Fukushima-Moment auszulösen, erörtert der langjährige entwicklungspolitische Aktivist Jürgen Maier. Seinen persönlichen Debattenbeitrag vom 1. September haben wir an einigen Stellen gekürzt.

JÜRGEN MAIER, BERLIN

»Unser Haus brennt«, so der französische Präsident Macron zu den Waldbränden am Amazonas. Er meinte damit aber nicht die 360.000 Hektar Regenwald in Französisch-Guyana, die gerade zur Abholzung freigegeben wurden, sondern Brasilien. Über die von seinem G7-Gipfel beschlossenen Löschflugzeuge macht sich Bolsonaro unterdessen lustig und will sie gar nicht haben.

Kein Wunder: Das Abbrennen ist kein Unglück, sondern die erklärte Politik Bolsonaros, des »Wunschkandidaten der Märkte« (Deutsche Bank) und der hinter ihm stehenden Agrarindustrie. »Es ist kein Zufall, dass Großfarmer und Kleinbauern am Amazonas gerade jetzt mehr Fläche denn je anzünden, da das größte Freihandelsabkommen der Welt winkt«, so die Süddeutsche Zeitung. In der Tat.

Weil dies offensichtlich ist, ist auch den regierungsamtlichen Spin-doctors klar: Löschflugzeuge allein reichen nicht. Es muss der Eindruck entstehen, dass mehr getan wird. Der deutsche Außenminister Heiko Maas gibt sich immerhin verbal ambitioniert. »Wir dürfen nicht tatenlos zuschauen, wie verheerende Brände die grüne Lunge der Welt zerstören«, sagte der SPD-Politiker am Dienstag bei der Botschafterkonferenz im Auswärtigen Amt. Wie er sich die Taten vorstellt, sagte er auch: Er habe seinem brasilianischen Amtskollegen am Telefon die Unterstützung Deutschlands im Kampf gegen die Brände angeboten. Das überzeugt nun wirklich niemanden. (…)

Zivilgesellschaft

Also – alle wollen »was tun«, aber was? Da müsste man doch bei der »progressiven Zivilgesellschaft«, bei den NGOs fündig werden. Natürlich ist der brennende Amazonas überall Thema auf den Webseiten, und Online-Appelle gibt es mittlerweile auch ein halbes Dutzend. Was wird denn da so gefordert?

Im Wesentlichen geht es nach der Devise »Der Regenwald brennt – jetzt helfen! – Mausklick«, und schon erscheint die Spendenkontonummer. Mehr nicht. Sozusagen die NGO-Version der Löschflugzeuge. Warum brennt er? Fehlanzeige. Über die ökonomischen Hintergründe wird nicht viel erklärt. Und mit konkreten politischen Forderungen sieht es auch recht dünn aus. (…)

Viel bewirken werden alle diese Appelle nicht, was sind schon ein paar Hunderttausend Unterschriften. Aber mal ehrlich – selbst wenn man die Weitestgehende dieser Forderungen nimmt, nämlich das Mercosur-Freihandelsabkommen stoppen: Es wäre nicht mehr als die Beibehaltung des Status Quo. Nicht gerade sehr revolutionär. So weit sind inzwischen sogar einige EU-Regierungen – nämlich diejenigen, wo nicht etwa die Umwelt-NGOs, sondern die Bauern-Proteste gegen die geplanten massiv erhöhten Fleischimporte aus Brasilien am stärksten sind. Also Irland und Frankreich sowie Österreich.

Das war's. Den Status Quo erhalten. Das war alles? So soll der »unser brennendes Haus«, der Amazonas gerettet werden? Mit weiter-so? Wohl kaum.

Don Quijote reitet anscheinend inzwischen durch den abgebrannten Amazonas-Urwald statt durch Kastilien.

Für die Spin-doctors in Industrie und Regierung läuft alles super: die Wogen der Empörung steigen hoch, die Regierung ist mit empört, der Übeltäter ist weit weg, und irgendwie verpufft alles ohne konkrete und wirksame Forderungen. Das Geschäft kann weiterlaufen. (…)

Erinnerung an Atomausstieg

Erinnern wir uns: 2011 zerstörte ein Tsunami die Atomkraftwerke von Fukushima. Es war ein ähnlicher Katastrophen-Moment – aber damals forderte niemand, den Status quo zu erhalten. Es hat auch niemand gefordert, »Nachhaltigkeit müsse ein größeres Gewicht in der Energiepolitik bekommen«, oder kleine kosmetische Korrekturen vorzunehmen, etwa verschärfte Sicherheitsanforderungen oder eine Nachverhandlung der 2010 beschlossenen Atomkraft-Laufzeitverlängerungen. Die schwarz-gelbe Regierung nahm ihre Laufzeitverlängerungen, eines ihrer Prestigeprojekte, schlicht zurück, und für die Betreiber gab es einige finanzielle Sweeties. Aber das Geschäftsmodell Atomkraft ist spätestens seitdem unzweifelhaft ein Auslaufmodell.

Und heute, beim brennenden Amazonasurwald? Das Geschäftsmodell der globalen Agrarindustrie ist mitnichten ein Auslaufmodell. Das Radikalste, was man in der öffentlichen Debatte und den sozialen Medien findet, ist der Aufruf zum persönlichen Fleischverzicht. Unpolitischer geht es gar nicht mehr. Der deutsche Fleischkonsum sinkt seit Jahren, die Produktion steigt trotzdem. Es wird eben mehr exportiert, der Globalisierung und den EU-Freihandelsabkommen sei Dank.

»Über Politische Ökonomie reden«

Die »progressive Zivilgesellschaft« und die NGOs haben zwar nicht die politische Macht, aber den öffentlichen Diskurs beeinflussen können sie sehr wohl. Es wird Zeit, diese Macht dazu zu nutzen, die Debatte endlich wieder zu politisieren, über Geschäftsmodelle und ihre Profiteure zu reden, und konkreten Druck zur Veränderung des Status Quo auszuüben – und zwar so, dass die Spin-doctors von Regierung und Industrie ins Schwitzen kommen.

Dazu müssen wir über die Politische Ökonomie des Agribusiness reden, auch wenn viele heutzutage keine Ahnung mehr davon haben, was Politische Ökonomie ist, sondern lieber über Werte und Lebensstile reden und das für Politik halten. Wir müssen Ross und Reiter nennen, konkrete Unternehmen und Geschäftsmodelle, die den Planeten kaputt machen, und eine Politik die ihnen zu Diensten ist.

Die globale Agrarindustrie macht den Planeten kaputt. In Südamerika wird auf riesigen – und immer riesiger werdenden – Flächen Gentechnik-Soja angebaut, und dafür der Boden mit Glyphosat kaputtgemacht. Die Profite kassieren eine Handvoll Großagrarier und Konzerne, das Volk in Brasilien hat nichts davon. Das Soja wird nach Europa und China exportiert, und macht dort tierquälerische Massentierhaltung und die Industrialisierung der Landwirtschaft erst möglich. Das so produzierte Billigfleisch und Billigmilch geht weit über den Bedarf der EU hinaus, und wird zu Dumpingpreisen weiterexportiert, dafür öffnen EU-Freihandelsabkommen die Märkte. Dieses Geschäftsmodell nützt den Aktionären einiger weniger Konzerne, und zerstört das Klima, zerstört den Urwald, zerstört die bäuerliche Landwirtschaft in Südamerika, Europa, Afrika. Das Hauptmotiv für die Bundesregierung, dieses zerstörerische Geschäftsmodell mit dem Mercosur-Abkommen noch weiter auszudehnen, ist der Versuch, noch mehr deutsche Autoexporte zu ermöglichen.

Darum geht es. Das wissen wir doch alles. Wir. Eigentlich. Aber wir behalten es für uns. In der öffentlichen Debatte sind diese Zusammenhänge immer noch nicht präsent. Und das liegt auch daran, dass wir nur Symptome thematisieren, aber keine Zusammenhänge und keine Ursachen. (…)

Wenn wir mehr wollen als nur den Status quo erhalten, dann müssen wir dieses Geschäftsmodell und seine Profiteure angreifen und delegitimieren. Der Hebel dafür sind die Sojaimporte. Wenn wir da nicht rangehen, kommen wir nicht weiter. Die Absatzmärkte für das südamerikanische Soja müssen ins Zentrum der Debatte, und sie müssen drastisch schrumpfen. Das muss politisch erzwungen werden, anders geht es nicht. Das muss in die öffentliche Debatte.

Natürlich kommen jetzt sofort die Bedenkenträger. Es ist nicht WTO-konform, Zollerhöhungen oder Importstopps für brasilianisches Soja zu verhängen. Man kann nicht die ganze Landwirtschaft von heute auf morgen ohne Futtermittelimporte organisieren. Die Arbeitsplätze. Und so weiter. Ja, es ist bequemer den Status quo beizubehalten, aber wozu das führt, wisst ihr selbst.

Chance nutzen

Ob massive Restriktionen gegen Sojaimporte aus Brasilien WTO-konform wären oder nicht, ist doch völlig sekundär. Wenn die Zerstörung des Amazonas-Urwalds WTO-konform ist, aber Gegenmaßnahmen nicht, dann kann ich nur sagen: Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht.

Wir sind nicht die Hüter der WTO-Verträge. Wenn Putin die Krim annektiert, sind Sanktionen das Normalste auf der Welt, WTO hin oder her. Und für die »grüne Lunge der Welt« soll man das nicht dürfen? Man muss vielleicht ab und zu mal in unseren alten, 20 Jahre alten Broschüren nachlesen, dass wir die WTO-Verträge mit ihrem neoliberal geprägten Geist immer abgelehnt haben. Das EU-Hormonfleischverbot ist auch nicht WTO-konform, und das ist uns völlig zurecht auch egal. Da Bolsonaros bester Freund Trump gerade die WTO-Schiedsgerichte paralysiert, ist WTO-Recht inzwischen sowieso genauso unverbindlich wie UN-Umweltverträge. Diese Chance sollte man nutzen. (…)

Natürlich, auch die bäuerliche europäische Landwirtschaft kann nicht über Nacht ohne Sojafuttermittel auskommen. Das fordert auch niemand. Dafür gibt es das politische Zauberwort »schrittweise«. Aber diese Schritte müssen erkennbar sein, und die möglichst weitgehende Reduktion von Futtermittel- und Fleischimporten ist dabei zentral.

Wenn wir nicht langsam anfangen, diese globale Agrarindustrie politisch ins Visier zu nehmen und zu delegitimieren, ihr Geschäftsmodell kaputt zu machen, statt ein isoliertes Freihandelsabkommen nach dem anderen zu diskutieren, dann klicken wir noch bis 2030 alle zwei Wochen empört auf Onlineappelle und Spendenkonten, und dann hat sich der Fall sowieso erledigt. Dann ist der Amazonas über seinen Kipp-Punkt hinaus gerodet, dann ist der letzte Indianerstamm vertrieben und die letzten Bauern in Südamerika, Europa, Afrika sind aus dem Markt gedrängt, und die Klimakatastrophe nimmt ihren Lauf. Aber wenigstens haben wir uns dann schön an das Völkerrecht gehalten und den Multilateralismus hochgehalten. Das ist die Konsequenz der Politik von Bundesregierung und EU-Kommission, und das kann nicht unsere Position sein.

Wir könnten stattdessen auch wieder über Politik reden, über Politische Ökonomie, oder gar Politik machen. Wir könnten das verfehlte Exportweltmeister-Dogma und die Standort-Deutschland-Ideologie in Frage stellen, denn dafür wollen die deutsche Politik und Wirtschaft ein Freihandelsabkommen nach dem anderen. Wir müssen an die Ursachen ran und nicht an die Symptome. Eine andere Welt ist möglich, und im Gegensatz zu 1999 wollen heute auch immer mehr Menschen eine andere Welt, weil sie vom Neoliberalismus die Schnauze voll haben und nicht immer noch mehr globalen Konkurrenzkampf aller gegen alle wollen, sondern weniger.

ANZEIGE

MULTI-STAKEHOLDER-GENOSSENSCHAFTEN

Vielfältige Mitgliederinteressen unter einem gemeinsamen Dach

Multi-Stakeholder-Genossenschaften (MSG) sind ein besonderer Genossenschaftstyp, in dem unterschiedliche Stakeholder, z.B. ErzeugerInnen und VerbraucherInnen, an der Entscheidungsfindung beteiligt und zugleich EigentümerInnen des Unternehmens sind. Wie gehen solche Genossenschaften mit den manchmal sogar gegensätzlichen Mitgliederinteressen um? Wie werden mögliche Interessenskonflikte vermieden oder gar gelöst?

HANNA HÖFER, BERLIN

▲ Kooperatives Arbeiten wird bei der Multi-Stakeholder-Genossenschaft Hanffaser Uckermark groß geschrieben. Foto: Hanffaser UM eG

Die Einbindung verschiedener Stakeholder in einer Genossenschaft ermöglicht, unterschiedliche Ressourcen zu erschließen und durch gemeinsame demokratische Entscheidung divergierende Ansprüche und Interessen zusammen zu bringen und zu berücksichtigen. Neben den vermeintlichen Vorteilen der Multi-Stakeholder-Struktur gibt es auch Bedenken, dass die mitunter gegenläufigen Interessen der Mitglieder zu Konflikten führen. Demokratische Entscheidungen würden dann erheblich erschwert. Dies erhöht die Gefahr, dass MSG nicht langfristig bestehen bleiben. So wollen etwa ErzeugerInnen einen möglichst hohen Preis für ihre Produkte erhalten, während VerbraucherInnen interessiert sind, möglichst wenig für ihren Einkauf zu bezahlen.

Tatsächlich erfreuen sich Multi-Stakeholder-Genossenschaften weltweit eines wachsenden Interesses. In einigen Ländern werden sie, insbesondere im Bereich der sozialen und personenbezogenen Dienstleistungen, durch die Schaffung von speziellen Rechtsformen oder Steuererleichterungen gezielt gefördert. In Deutschland erfahren sie noch wenig Aufmerksamkeit. Im Rahmen einer Masterarbeit an der Humboldt-Universität zu Berlin, Department für Agrarökonomie wurden mehrere Beispiele untersucht. Thema war unter anderem, welche Konflikte auftreten und wie mit den Anforderungen der Anspruchsgruppen umgegangen wird.

Erfahrungen aus der Praxis

Der empirische Teil der Arbeit basiert auf drei Fallstudien. Untersucht wurden die Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft EVG Landwege eG aus Lübeck (rund 800 Mitglieder) und die VG Verbrauchergemeinschaft für umweltgerecht erzeugte Produkte eG aus Dresden (über 10.000 Mitglieder) als typische Beispiele aus dem Bereich des Lebensmitteleinzelhandels. Die dritte Genossenschaft, die Hanffaser Uckermark eG (ca. 55 Mitglieder), fertigt in Prenzlau ökologische Baustoffe.

Die Ergebnisse zeigen: Diese MSG setzen ihre hohen sozialen und ökologischen Ansprüche weitreichend um und wirtschaften dabei nachhaltig. Interne Interessenskonflikte sehen sie nicht als größte Herausforderung. Schwerwiegender ist die Konkurrenz mit Unternehmen, die soziale und ökologische Kosten der Produktion nicht berücksichtigen. So betont Barabara Rische von der VG Dresden zu dem Wettbewerbsdruck auf dem Markt für Biolebensmittel: »Wir müssen uns jetzt viel mehr profilieren und nach außen tragen, was wir alles Gutes tun […]. Das ist die Herausforderung. Nicht so intern. Große Probleme intern haben wir eigentlich gar nicht.« Und Marijn Roersch van der Hoogte berichtet von der Hanffaser Uckermark: »Es gibt nicht so viele Konflikte. Wir sind recht offen mit den Zahlen, die wir da haben. Wenn es einen Gewinn gibt, dann wird der halt unter uns allen verteilt.«

Inwiefern die unterschiedlichen Förderinteressen der Mitglieder erfüllt werden, wurde nicht direkt untersucht. Die steigenden Mitgliederzahlen sind jedoch ein Indikator dafür, dass die Mitglieder ihre Interessen grundsätzlich vertreten sehen. Auch gibt es Anhaltspunkte, wie die interne Interessenharmonisierung in MSG gelingt. Tina Andres von der EVG Landwege fasst zusammen: »Ich denke, man muss bei der Gründung solcher Strukturen einerseits darauf achten, dass man handlungsfähig bleibt, und Strukturen herausbilden, die entscheidungsfähig und -befugt sind. Gleichzeitig muss man eben einen leitenden Kontext dabei haben, der die Interessen aller abbildet. Und diese Interessen müssen dann auch repräsentiert werden«.

Ein wichtiger Regelungsbedarf liegt in der Verteilung von Kontroll- und Stimmrechten auf die Mitgliedergruppen. In Deutschland sind MSG prinzipiell in der Rechtsform der eG eintragungsfähig. Die Bildung von unterschiedlichen Mitgliedergruppen mit gesonderten Rechten ist jedoch nicht vorgesehen. In der Satzung können aber Regelungen zur Förderung des Interessenausgleichs getroffen werden. So sieht die Satzung der EVG Landwege vor, dass dem Aufsichtsrat immer mindestens je eine VertreterIn der ErzeugerInnen, der Beschäftigten und der VerbraucherInnen angehören muss.

Auch kann es sinnvoll sein, einer Mitgliedergruppe ausdrücklich ein größeres Gewicht einzuräumen. So hat die EVG Landwege eine Bauernversammlung als eigenständiges Gremium etabliert, in dem jeder der 30 Erzeugerbetriebe mit einer Stimme vertreten ist. Sie ermöglicht den ErzeugerInnen ein weitreichendes Mitspracherecht bei Fragen wie dem Ausschluss und der Neuaufnahme von Mitgliedsbetrieben. Die VG aus Dresden hat in ihrer Satzung festgelegt, dass die Mitglieder des Vorstands immer auch reguläre Beschäftigte der Genossenschaft und in der Ladenarbeit verankert sein müssen.

Harmonisierung über gemeinsame Ziele

Neben diesen formalen Regelungen sind gemeinsame Ziele wichtig, die über die individuellen Interessen der Mitglieder hinausgehen, ebenso Vertrauen und gegenseitiges Verständnis. In den drei untersuchten Genossenschaften wurden übergreifende Ziele formuliert und in der Satzung festgeschrieben. Sie werden fortwährend nach außen kommuniziert, beispielsweise über die Homepage, soziale Medien, Newsletter und Mitgliederzeitschriften, aber auch durch die Teilnahme an Veranstaltungen und die Vernetzung mit anderen Organisationen. Transparenz in der Entscheidungsfindung und ein respektvoller und wertschätzender Umgang miteinander sind gelebte Praxis in allen drei MSG. In der VG und der EVG Landwege gibt es seitens der Beschäftigten und interessierter Mitglieder regelmäßig Exkursionen zu den Erzeugerbetrieben, um das gegenseitige Verständnis zu stärken.

Engagement als Mitglied

Die Ergebnisse zeigen auch, dass einige Stakeholder kein Interesse an einer Mitgliedschaft aufweisen, obwohl sie von deren Erfolg und Fortbestehen betroffen sind. Sowohl in der EVG Landwege als auch in der Hanffaser Uckermark sind nur wenige Mitarbeitende der Genossenschaft beigetreten. Barbara Rische berichtet über die Beschäftigten der VG: »Ladenalltag und die Ladenorganisation und der Dienstplan sind ganz wichtig. Und dieses ganze Große, Genossenschaft und wo wollen wir in Zukunft hin und so, das sind eher die Mitglieder, die nicht hier arbeiten, die da Visionen haben und mitreden wollen«.

Zudem beteiligt sich nur ein kleiner Teil der Mitglieder an der jährlichen Generalversammlung. Und dieser Anteil nimmt mit der Zeit eher noch ab. Tina Andres merkt zur jährlichen Generalversammlung der EVG an: »Das ist wirklich tatsächlich die Veranstaltung für die Verbraucher. Erzeuger sind dort eigentlich nur aus dem Aufsichtsrat da. Für die Erzeuger haben wir andere Gremien. Die empfinden ihre Anwesenheit da nicht als so wichtig.« Deutlich wurde die Bedeutung anderer Beteiligungskanäle wie informelle Gespräche und mündliche Absprachen, Händlertreffen, Mitarbeiterrunden und -versammlungen.

Noch besteht viel Forschungsbedarf zum Potenzial von MSG, verschiedene und teilweise gegenläufige Interessen in einer Organisation zu integrieren. Denn, wie Tina Andres von der EVG Landwege betont: »Es lohnt sich absolut und wenn man es gut organisiert, ist das eine sehr zukunftsfähige Form.«

Links:
landwege.de, vg-dresden.de, hanffaser.de
Die vollständige Arbeit kann bei der Autorin angefragt werden:
hanna-hoefer@web.de

SAVE THE DATE

Studienfahrt Sozialgenossenschaften in der Schweiz und Italien

Mit einer Studienfahrt des PARITÄTISCHEN Baden-Württemberg werden im November in der Schweiz und in Italien unterschiedliche Projekte besucht, um dort neue Formen der Kooperation, Partizipation von Akteuren aus den Bereichen Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft kennen zu lernen. Die Reise geht von Dienstag, 12. November, bis Freitag, 15. November. Die Reiseroute verläuft von Stuttgart über Zürich und Umgebung hin nach Bozen in Südtirol und zurück nach Stuttgart. Weitere Informationen zur Studienreise und zur Anmeldung können bei Martin Link über link@entwicklungswerk.org erfragt werden.

SEMINAR IN STUTTGART: 20. & 21. NOVEMBER 2019

Sozialgenossenschaften erfolgreich gründen

Die gemeinschaftliche Selbsthilfe in der Rechtsform der Genossenschaft erlebt eine Renaissance. Sozialgenossenschaften in vielfältigen Facetten werden erfolgreich auf den Weg gebracht. Sie reichen von der Nachbarschaftshilfe über Seniorengenossenschaften hin zu Kindergärten oder inklusiven Kooperationen bis zu sozialverantwortlichen Formen gemeinschaftliches Wohnens.

Praktisches Wissen über Neugründungen mit den einzelnen Schritten von der Konzeptentwicklung bis zur Eintragung einer Genossenschaft ist bisher wenig verbreitet. In dem Seminar werden die wichtigsten Anforderungen mit umfangreichen Gründungshilfen und –werkzeugen vermittelt. Zu den Inhalten gehören:

- Fördermöglichkeiten für Sozial- und Quartiersgenossenschaften
- Überblick und Beispiele sozialgenossenschaftlicher Gründungen
- Ein Phasenmodell zur Gründung von Genossenschaften
- Formen und Inhalte bei der Gestaltung der Satzung
- Möglichkeiten und Grenzen der Gemeinnützigkeit
- Einzureichender Wirtschaftsplan für die Gründungsprüfung
- Schritte bis zur endgültigen Rechtsfähigkeit der eG

Angesprochen sind Aktive aus dem »Paritätischen Baden-Württemberg«, auch generell Mitglieder von Wohlfahrtseinrichtungen. Das Seminar eignet sich ideal für Gruppen, die an einer Gründung arbeiten. Hauptreferent ist der Genossenschaftsexperte Burghard Flieger, Dozent für Gemeinwesenökonomie und Vorstand mehrerer Genossenschaften. Bisherige Seminare zu dem Thema waren immer ausgebucht. Der Teilnahmebeitrag beträgt für Mitgliedsorganisationen des Paritätischen 375 Euro, für alle anderen 430 Euro. Veranstaltungstermin ist Mittwoch und Donnerstag der 20./21. November 2019 von 9.30 bis 17.00 Uhr.

Weitere Informationen und die Anmeldung laufen über die Paritätische Akademie Süd (https://www.akademiesued.org). Bei Rückfragen wenden Sie sich an info@akademiesued.org oder Telefon 0711 / 252 98 921.

ANZEIGE

AACHENER FRIEDENSPREIS FÜR ATOMWAFFENFREI-AKTIVIST*INNEN

»Atomwaffen sind Teufelszeug!«

Am Antikriegstag 2019 wurde der Aachener Friedenspreis zwei Frauen überreicht: Marion Küpker und Elke Koller. Sie kämpfen seit vielen Jahren gemeinsam mit ihren Initiativen gegen die Stationierung von US-Atombomben in der Eifel.

STEFANIE INTVEEN UND ARIANE DETTLOFF, KÖLN

▲ Preisträger*innen des Aachener Friedenspreises vor der Aula Carolina: Hinter dem Banner steht Marion Küpker (2.v.r.), die Koordinatorin der Kampagne. Foto: atomwaffenfrei.jetzt

Marion Küpker und Elke Koller strahlten, als sie den renommierten Aachener Friedenspreis entgegennahmen. Elke vertrat den »Initiativkreis gegen Atomwaffen«, Marion die Kampagne »Büchel ist überall - atomwaffenfrei jetzt!«. Als Gesichter dieser Gruppen wurden sie für ihr jahrzehntelanges gewaltfreies Engagement rund um die Forderung nach dem Abzug der US-Atombomben vom Bundeswehrflughafen Büchel in der Eifel und der weltweiten Ächtung und Abrüstung aller Atomwaffen ausgezeichnet.

»Durch den Eintritt der Menschheit ins Atomzeitalter wurde ein neues Denken notwendig, eine neue Qualität von Verantwortung der Menschen, die nicht nur für sich selbst, sondern für künftige Generationen und für den Fortbestand der Erde eintreten.« So steht es in der Gründungserklärung des Aachener Friedenspreises. Der Verein will Menschen oder Gruppen würdigen, die »von unten her« dazu beitragen, Feindbilder ab- und Vertrauen aufzubauen. Er will Menschen ehren, die durch »Gerechtigkeitssinn, Menschlichkeit, Hilfsbereitschaft (auch Feinden gegenüber); durch Gewaltlosigkeit, Zivilcourage, Tatkraft, Sachlichkeit und Herz« Frieden stiften. Er ist als Alternative zum Aachener Karlspreis gegründet worden, der unter anderen Kriegstreiber wie Henry Kissinger, Tony Blair, Bill Clinton sowie »den Euro« auszeichnete.

Vor der Preisverleihung trafen dreihundert Demonstrant*innen am Elisenbrunnen zur Antikriegstagskundgebung ein. Eva David-Ballero vom Aachener Antikriegsbündnis erinnerte an die Propagandalüge eines polnischen Angriffs auf den Sender Gleiwitz, die den deutschen Überfall auf Polen am 1.September 1939 als Verteidigung darstellen sollte. Sie skizzierte den geplanten rassistischen Vernichtungskrieg mit seinen Folgen: »Fast 6 Millionen polnische Zivilisten, 17 Prozent der Bevölkerung, und 27 Millionen Sowjetbürger mussten durch diese sinnlose Aggression ihr Leben lassen!« Heute, betonte David-Ballero, sei anstelle neuer Aufrüstung ein »Griff in den Diplomatenkoffer der 70er Jahre« nötig.

Bei der feierlichen Preisverleihung in der Aula Carolina begründete Christoph Kriescher vom Aachener Friedenspreis e. V. die Auswahl der Preisträgerinnen mit ihrem Einsatz für die Menschlichkeit. Vor dem Hintergrund dramatischer Krisen weltweit könne die Sorge für die Menschlichkeit ein guter Kompass sein.

Die Laudatio hielt Herta Däubler-Gmelin. Die ehemalige Bundesjustizministerin fasste die Erkenntnis aus der Sprengkraft der in Europa lagernden US-Atombomben, der Gefahr von Unfällen oder eines »Atomkriegs aus Versehen« knapp zusammen: »Atomwaffen sind Teufelszeug!« Sie müssten abgeschafft werden. Einzelpersönlichkeiten, Abgeordnete, Städte und Parlamente könnten den ICAN-Appell zum UN-Verbot der Atomwaffen unterzeichnen.

Dem US-Präsidenten Donald Trump, der kürzlich gedroht hatte, die US-Truppen aus Deutschland abzuziehen, empfahl Däubler-Gmelin: »Wenn Sie US-Steuergelder sparen möchten, dann tun Sie das doch, und nehmen Sie ihren merkwürdigen Botschafter gleich mit.« Mit einem Wort von Bertolt Brecht wandte sie sich an die Preisträgerinnen: »Die Schwachen kämpfen nicht. Die Stärkeren kämpfen vielleicht eine Stunde lang. Die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre. Aber die Stärksten kämpfen ihr Leben lang. Das sind Sie!«

Elke Koller bedankte sich bei den Mitgliedern des Initiativkreises für die mehr als zwanzig Jahre währende ehrenamtliche Arbeit. Sie fragte, warum sich die Bundesregierung angesichts der offensichtlichen Gefahren und der Völkerrechtswidrigkeit der Atomwaffen weigere, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen: »Träumt die CDU-geführte Regierung immer noch davon, irgendwann selbst zu den Atommächten zu zählen?«

Auf die Verdrängung der durch Atomwaffen hervorgerufenen Gefahren machte Marion Küpker aufmerksam: Die Bundesregierung schweige zu der Existenz der US-Atombomben, zu der Tatsache, dass Bundeswehrpiloten deren Abwurf üben, und dazu, dass sie die von den USA in Gang gesetzte Aufrüstung der Atomwaffen unterstütze und nun an der Anschaffung atombombenfähiger neuer Kampfflugzeuge arbeite. Ein Rechtsgutachten der US-Juristin Anabel L. Dwyer zitierend, erläuterte sie: »Die selbstzerstörerische Leugnung der katastrophalen Wirkungen von Kernwaffen hat bei Militärinstitutionen und Regierungen dazu geführt, dass grundsätzliche humanitäre Gesetze [d. h. das Kriegsvölkerrecht] und die Prinzipien von Nürnberg nicht mehr beachtet werden«. Hieraus leitete Küpker die Bedeutung der juristischen Arbeit der Kampagne ab. Sie will die deutschen Obergerichte über Aktionen Zivilen Ungehorsams dazu bringen, Urteile im Sinne des Völkerrechts zu sprechen.

Musikalisch wurde die Preisverleihung durch »Da Musica« gestaltet und endete mit dem gemeinsam gesungenen Lied »We shall overcome« – »Wir werden siegen«. Die Musik drückte das aus, was wahrscheinlich viele im Saal spürten: eine tiefe Verbundenheit miteinander und mit Aktivist*innen weltweit, den festen Willen weiterzumachen und das Glück, damit nicht allein zu sein.

REPRESSIONS- UND RECHTSFÄLLE

Neue Rechtsbroschüre für Aktionen in NRW

In Nordrhein-Westfalen hat sich die Repressionslage in den vergangen Monaten weiter verändert: Mit dem neuen Polizeigesetz gelten verschärfte Regelungen, beispielsweise bis zu sieben Tage Gewahrsam bei aktivem Verweigern der Personalien oder bei der Nicht-Befolgung von Platzverweisen. Deshalb hat AntiRRR (neue Homepage **http://antirrr.nirgendwo.info**) die Broschüre für Aktionen in NRW überarbeitet, die hier zu finden ist: **http://antirrr.nirgendwo.info/files/2019/05/rechtsbroschuere_nrw_mai_2019.pdf**

Kritik von EU: Deutsche Justiz nicht unabhängig

Der EuGH (Europäischer Gerichtshof) hat den deutschen Staatsanwaltschaften verboten, EU-Haftbefehle auszustellen und rückwirkend die schon ausgeschriebenen für ungültig erklärt. Etwa 5.600 von deutschen Staatsanwaltschaften ausgestellte EU-Haftbefehle sind damit vom Tisch. Die Begründung ist eindeutig: Die deutschen Staatsanwaltschaften seien nicht unabhängig, was vom europäischen Recht allerdings vorgeschrieben ist. Heribert Prantl kommentiert in der Süddeutschen Zeitung, dass deutsche Staatsanwälte extern und intern weisungsgebunden seien, intern an Weisungen des Behördenchefs und extern an Weisungen des Ministers. Dieses politische Weisungsrecht gehöre zu den Geburtsfehlern der deutschen Staatsanwaltschaft. Sie verdanke ihr Leben »dem Bedürfnis der Regierung, sich jederzeit Einfluss auf die Strafrechtspflege zu sichern«, wie die Juristenzeitung schon zur Weimarer Zeit schrieb. Dieser Einfluss könne sich auf verschiedene Weise äußern: »Erstens: Es wird nicht ermittelt, wo ermittelt werden müsste. Zweitens: Es wird ermittelt, wo nicht ermittelt werden dürfte. Drittens: Es werden notwendige Ermittlungen wieder abgewürgt.«

Quelle: www.sueddeutsche.de/politik/kolumne-prantl-deutsche-justiz-unabhaengigkeit-europaeischer-gerichtshof-1.4469352

Rechtstipps für Minderjährige bei Aktionen

Für Menschen unter 18 Jahren gelten im rechtlichen Bereich einige Besonderheiten. Das führt immer mal wieder zu besonderen Schwierigkeiten. Die folgenden Hinweise dazu stammen aus dem Newsletter Klima-Antirepression Nr. 9 (Juni 2019):

»Wenn du von der Polizei bei Aktionen mitgenommen wirst, rufen die in der Regel deine Eltern an, damit sie dich abholen. Schlau ist sich vorher zu kümmern: Wenn deine Eltern das unterschreiben, kann die Erziehungsberechtigung oder auch nur das Recht, dich abzuholen auf andere Erwachsene übertragen werden.

Wenn du Personalien verweigerst: Wenn die Polizei dir glaubt, dass du minderjährig bist, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass sie dich in eine Jugendeinrichtung bringen. In einer solchen Einrichtung darfst du nicht eingesperrt werden. Du kannst also in der Regel gehen, sobald die Polizei weg ist.

Vorladung und Verhör: Unter 14-Jährige dürfen offiziell nicht verhört werden, aber auch bei jeder anderen Vernehmung von Minderjährigen haben Eltern ein Anwesenheitsrecht. Vorladungen zur Polizei kommen deshalb immer auch an deine Erziehungsberechtigten. Du hast auch als Minderjährige*r ein Recht, die Aussage zu verweigern. Das bleibt sinnvoll, weil du damit keine Informationen an die Polizei lieferst, um dich zu verfolgen.

Gerichtsverfahren: Wenn du angeklagt wirst, ist anders als bei Erwachsenen nicht das Gericht am Tatort, sondern das an deinem Wohnort zuständig – oft eine besondere Herausforderung bei der Solidaritätsarbeit. Außerdem finden Prozesse unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Der Erziehungsauftrag des Gerichts führt dazu, dass neben Moralpredigten auch andere Strafen verhängt werden können, z.B. das Schreiben eines Aufsatzes, bestimmte Orte nicht mehr aufzusuchen, Sozialstunden abzuleisten, ein Anti-Gewalt-Training zu besuchen oder Ähnliches. Anwält*innen müssen über deine Eltern beauftragt werden.

Haftung: Im Zivilrecht, z.B. bei Schadensersatzforderungen von Konzernen wegen Aktionen, kann es theoretisch sein, dass deine Eltern haften, allerdings nur wenn sie die Aufsichtspflicht verletzt haben und sie in dem Moment erziehungsberechtigt waren. In der Praxis wird das unterschiedlich ausgelegt.«

Sich schützen im Internet

In unschöner Regelmäßigkeit legen Justiz und Überwachungsapparate nach bei technischen und rechtlichen Möglichkeiten für die Überwachung von Telefon und Internet. Zwar gibt es wirksame Gegenmittel, aber die hinken den Entwicklungen meist ein bisschen hinterher. Einer der ehemals besten Hacker der Welt und heutiger Tester von Sicherheitssystem, Kevin D. Mitnick, hat mit dem Buch »Die Kunst der Anonymität im Internet« eine unterhaltsame und detailreiche Darstellung der Bedrohungen und Möglichkeiten des Schutzes verfasst (2018, mitp-Verlag in Frechen, 318 Seiten, 24,99 Euro).

Die Kapitel drehen sich um geknackte Passwörter, abgehörte Telefonate, Drohmails und mitlesende Chefs.

Jörg Bergstedt

WEGE AUS DEM KAPITALISMUS

Tauschlogikfreiheit als Beziehungsweise als Revolution

Aus den historischen Entwicklungen, die wesentlich dafür waren, dass die Menschen im Kapitalismus gelandet sind, ergeben sich jeweils mögliche Aspekte für eine Antwort auf die Frage, wie wir wieder herauskommen. Zudem lassen sie sich alle als »Commoning« fassen.

FRIEDERIKE HABERMANN, COMMONS-INSTITUT

▲ Aktivist*Innen helfen im Hambacher Forst den Besetzer*Innen einen neuen Tripod zu errichten, nachdem die Polizei an den Vortagen alle Bodenstrukturen geräumt hat (aufgenommen im September 2018).

Foto:Aktion Unterholz / flickr.com

Dass sich Menschen in jungen Bewegungen wie »Living Utopia« oder im Hambacher Wald teils explizit, teils implizit tauschlogikfrei organisieren, ist letztlich nichts anderes. Dabei tun sie dies nicht in erster Linie als Mittel zum Zweck der Transformation, sondern zunächst, weil es sich gut anfühlt. Und weil es dem spontanen, selbstverständlichen Handeln unter Menschen entspricht, die sich als gleichberechtigt ansehen.

Wichtig ist es vielen von ihnen aber auch, weil Tauschlogik immer Ausschlüsse und Ausbeutung mit sich bringt. Dies lege ich ausführlich in meinem Buch »Ausgetauscht. Warum gutes Leben für alle tauschlogikfrei sein muss« (2018) dar. Und argumentiere, dass es Räume anderer Selbstverständlichkeit (von mir auch als »Halbinseln gegen den Strom« bezeichnet) bedarf, um neue Denk- und Handlungsweise zu erfahren und zu entwickeln. Die folgenden Aspekte sehe ich als Teil davon.

Ausweitung der Subsistenz

Seit dem Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit (in Europa ebenso wie in den von Europa beherrschten Kolonien) wurden die Menschen zunehmend der Mittel zu ihrer eigenen Lebenserhaltung beraubt – also den Mitteln, um ohne Geld und Tausch zu leben, sprich: zur Subsistenz. Diese Lebensbereiche (also jene, die nicht vom Markt durchdrungen sind) wieder auszuweiten, genau dies fordert seit den 1980er Jahren der Bielefelder Subsistenzansatz von Maria Mies, Veronika Bennholdt-Thomsen und Claudia von Werlhof.

Darauf bauen auch die von Silvia Federici inspirierten aktuellen Debatten um Care, also Sorgetätigkeiten und Commons auf. Sie spricht sich dafür aus, insbesondere Reproduktion als zu revolutionierenden Bereich menschlicher Tätigkeit zu begreifen, da dieser noch nie mit Markt bzw. Tauschlogik geregelt werden konnte.

Bini Adamczak weist zurecht auf die Widersprüchlichkeit hin, die darin besteht, Subsistenzökonomie, die der Subsistenzansatz selbst als nur scheinbar mit dem Kapitalismus unverbunden und in Wirklichkeit ausgebeutet ausgewiesen habe, zugleich als Trägerin eines emanzipatorisch-utopischen Potenzials zu verstehen. Insofern ist, um auf diese Weise den Boden zu bereiten für eine andere Gesellschaft, der Ausdruck von der »politisierten Subsistenz« von Ulla Peters (1997) deutlicher. Noch deutlicher ist »dissidente Subsistenz«, wie sich eine land- und immobilienbefreiende Stiftung nennt.

Dissidente Subsistenz ist auch das, was einige Basisbewegungen im Globalen Süden leben. Entweder noch, wie bei Indigenen in vielen Teilen der Welt, oder als historisches Ergebnis ihres Widerstandes, wie bei den Schwarzen Gemeinschaften in Kolumbien. Auch die Zapatistas in Chiapas/Mexiko, deren Aufstand 1994 den Anstoß für die Globalisierungsbewegung gab, leben zumeist erst seit ihrer Flucht aus den Arbeitsbedingungen der Plantagen im Urwald und haben seit ihrer Erhebung viele weitergehende Praktiken eingeführt. Ich persönlich habe erst bei Begegnungen in eben solchen Räumen Anderer Selbstverständlichkeit gelernt, dass es wirklich noch eine andere Alternative zum Kapitalismus gibt als das Ende der Welt.

Grenzen queeren

Galt den Menschen früher die Natur als Mitwelt, so entstand im vom Markt durchdrungenen Europa die vom kapitalistischen Subjekt abgespaltene Natur als unbewertete, scheinbar auf die Aneignung wartende Ressource – mit eingerechnet das einheimische weibliche Geschlecht und alle Geschlechter in den Kolonien. Denn nur der weiße männliche Bürger galt als fähig, Arbeit in Tauschwert zu verwandeln sowie Eigentum zu besitzen und damit letztlich Staatsrechte auszuüben.

Inzwischen hat sich durch das Ringen um Emanzipation, aber auch erneut um Privilegien, einiges verschoben. Wer oder was Natur ist, ist davon kontingentes (also von Machtstrukturen abhängiges, aber historisch dennoch offenes) Ergebnis.

Das Prinzip bleibt: Ausbeutung wird nur möglich durch Grenzen. Nur im Ringen darum, wer zu den Privilegierten gehört, wer Zugang zu den Ressourcen hat, wer sich die angenehmen Arbeiten oder gar gar keine schnappen darf, entstehen überhaupt erst Identitätskategorien wie Geschlecht oder Rassifizierungen. Hegemonie macht Identität.

Die Überwindung des Anthropozentrismus als Über-alles-Stellung der Bedürfnisse des Menschen über seine Mitwelt ist in »Living Utopia« und vielen Klima-, Hambi- und anderen Bewegungsräumen unter dem Begriff »Tierleidfreiheit« genauso wie Tauschlogikfreiheit grundlegendes Prinzip. Dabei geht es nicht darum, dass jede Qualle Menschenrechte erhält. Aber darum, jedem Wesen mit Respekt, Care und Resonanz zu begegnen und dessen Bedürfnisse durchaus zu achten.

Fülle anerkennen bzw. erschaffen

Auch der Blick weg von den möglichen Krisen, hin zu den möglichen Chancen sind eine Form von Fülle. In meinem Buch »Ecommony« bin ich der ungewohnten Vorstellung nachgegangen, diese Welt könne besser werden. Unter anderem bin ich der Perspektive von Jeremy Rifkin, Ökonom und Zukunftsforscher, gefolgt. In seinem 2014 veröffentlichten Buch »Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft. Das Internet der Dinge, kollaboratives Gemeingut und der Rückzug des Kapitalismus« lautet bereits der erste Satz: »Ein neues Wirtschaftssystem – die Kollaborativen Commons – betritt die ökonomische Weltbühne«. Wie auch in meinem seit 2010 vertretenen Konzept einer Ecommony geht es um die Möglichkeit einer gesamtgesellschaftlich vernetzten Organisierung materieller (Re) Produktion.

Rifkin begründet dies wesentlich mit den auf (nahezu) null hinauslaufenden Produktionskosten für jede weitere Ausbringungseinheit durch die »Dritte Industrielle Revolution«, in Deutschland besser als »Industrie 4.0« bekannt. Noch danach veröffentlichte der Wirtschaftsjournalist Paul Mason »Postkapitalismus. Grundrisse einer kommenden Ökonomie« (2015), worin er eine ähnliche Prognose vertritt: Das Preissystem kollabiert, und die technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen laufen auf eine neue Gesellschaftsform hinaus, die sich lateral (horizontal), kollaborativ (zusammenarbeitend) als Commons (Allmende/ Gemeingut) bzw. Peer-Produktion (unter Ebenbürtigen; alle Ausdrücke finden sich bei beiden) organisiert.

Für John Holloway geht Reichtum über das stoffliche Hinaus. In einem Artikel über die Verwendung des Begriffs Reichtum im ersten Satz von Marx' Kapital verweist er auf eine Stelle aus den »Grundrissen«: »In fact aber, wenn die bornierte bürgerliche Form abgestreift wird, was ist der Reichtum anders, als die im universellen Austausch erzeugte Universalität der Bedürfnisse, Fähigkeiten, Genüsse, Produktivkräfte etc. der Individuen?« Holloway versteht Reichtum als geschaffen-durch-universellen-Austausch, und gleichzeitig als diesen Austausch selbst, da dieser auf gegenseitiger Anerkennung beruht. Diese Form des Reichtums werde »the Common« genannt. Es ist die Anerkennung dessen, was wir sind als Wesen, und dessen, was wir tun aus Überzeugung. Es sei aber ein Missverständnis, so wieder Holloway, diesen emanzipatorischen Reichtum in einer post-revolutionären Zukunft zu erwarten. Er existiere bereits in den gegenwärtigen Kämpfen.

Beziehungen revolutionieren

In diesem Sinne mahnt Bini Adamczak (2017), Revolution dürfe nicht mit dem Moment des Umsturzes verwechselt, sondern sollte als langer Prozess verstanden werden – vorher, hinterher, und ja, auch währenddessen, sofern es denn einen gibt. Ihre Hauptbotschaft lautet: Revolution heißt, sich auf Beziehung selbst zu beziehen. Produzierten die Menschen nicht für Geld, sondern »für einander«, so existierten zwischen ihnen Beziehungen, die freundschaftlich wären, ohne persönlich zu sein. Auch Adamczak sieht in diesen Beziehungen den Reichtum des Subjekts, doch geht sie eventuell einen Schritt weiter als Holloway, wenn sie dabei betont, das Subjekt selbst werde erst in Beziehungen hervorgebracht. Und gleichzeitig verweist sie nicht nur auf Marx' berühmte Formulierung, der Mensch sei das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern darauf, dass er ebenso die Gesellschaft als Ensemble der menschlichen Beziehungen ansah: »Die Gesellschaft besteht nicht aus Individuen, sondern drückt die Summe der Beziehungen aus, worin diese Individuen zueinander stehen«.

Oder, wie es in einem Liedtext der Musiktheatergruppe »Revolte Springen«, heißt: »Wenn wir gegen etwas kämpfen, heißt das auch, dass wir für was leben«.

Literatur zum Schwerpunkt

Friederike Habermann:
Ausgetauscht! Warum gutes Leben für alle tauschlogikfrei sein muss (2018, Ulrike Helmer-Verlag).
Ecommony. UmCARE zum Miteinander (2016, Ulrike Helmer-Verlag).
Geschichte wird gemacht. Etappen des globalen Widerstands (2014, Laika).
Der unsichtbare Tropenhelm. Wie koloniales Denken noch immer unsere Köpfe beherrscht (2013, Drachenverlag).
Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften (2009, Ulrike Helmer-Verlag).
Der Homo Oeconomicus und das Andere. Hegemonie, Identität und Emanzipation (2008, Nomos).
Commons als Subsistenzperspektive:
Silvia Federici:
Aufstand aus der Küche. Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution (2012, edition assemblage).
Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation (2004/2017, Mandelbaum).
Veronika Bennholdt-Thomsen, Maria Mies und Claudia von Werlhof:
Frauen, die letzte Kolonie. Zur Hausfrauisierung der Arbeit (1983/92, Rowohlt).
Ulla Peters (1997):
Jenseits des Schrebergartens. Politisierung der Subsistenz - Perspektive für einen feministischen Internationalismus?, in: Schwertfisch (Hg.), Zeitgeist mit Gräten. Politische Perspektiven zwischen Ökologie und Autonomie (Yeti Press), S. 65-73.
Commons in der technikoptimistischen Perspektive:
Paul Mason: Postkapitalismus. Grundrisse einer kommenden Ökonomie (2015, Suhrkamp).
Jeremy Rifkin: Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft. Das Internet der Dinge, kollaboratives Gemeingut und der Rückzug des Kapitalismus (2014, Campus).
Weitere Literatur:
John Holloway:
Read Capital: The First Sentence. Or, Capital Starts with Wealth, not with the Commodity, in: Historical Materialism 12.3 (2015), S. 3-26.
Kapitalismus aufbrechen (2010, Westfälisches Dampfboot).
Links:
https://commons-institut.org
https://livingutopia.org
www.utopival.de
www.move-utopia.de

DAS ZIEL REFLEKTIEREN

Vom Bild zur Wissenschaft

Wir alle kennen die Reaktion auf Kritik am Kapitalismus: »Wie willst du es denn anders machen?« Die Frage ist vollkommen berechtigt, und dass wir uns lange nicht mit den Kapitalismus überschreitenden Alternativen befasst haben, ist eine Leerstelle. Doch wie geht Utopie, wie können wir sie entwickeln?

STEFAN MERETZ, COMMONS-INSTITUT

Viele Strömungen im Marxismus sahen keine Notwendigkeit für Utopie. Die konkrete Kritik des Bestehenden und das Vertrauen auf die Kämpfe des Proletariats wurden zum Leitstern der Bewegung. Fortschrittsoptimismus und eine deterministische Geschichtsauffassung taten ihr übriges: Der Sozialismus kommt gleichsam unausweichlich. Der Determinismus hat sich theoretisch und historisch blamiert. Wenn wir uns von diesem Gedanken trennen, müssen wir uns jedoch fragen, welches Loch dadurch entsteht. Denn immerhin verband der Determinismus die Praxis des Klassenkampfs mit dem Fernziel einer klassenlosen Gesellschaft. Wenn wir ihn streichen, müssen wir die Transformation hin zu einer freien Gesellschaft zum Thema machen. Wollen wir das Erbe antreten, müssen wir die Frage der Utopie (Wo wollen wir hin?) und der Transformation (Wie kommen wir dahin?) neu stellen und uns theoretische Instrumente und praktische Räume schaffen, um dies zu tun.

Ist die Überwindung des Kapitalismus nicht mehr geschichtlich vorbestimmt und ist auch die Eroberung des Staates nicht der Weg, müssen wir uns fragen, welche Konstruktionsprozesse von heute aus die Potenz haben könnten, eine freie Gesellschaft herzustellen. Diese Konstruktionsdiskussion bedarf notwendig der Utopie, denn Konstruktionsprozesse können nicht gefasst werden ohne das Ziel, auf das sie abzielen. Utopie ist somit kein Selbstzweck oder bloßes Motivationsmittel, sondern notwendige Bedingung, um die Überwindung des Kapitalismus zu denken. Tatsächlich kann der Konstruktionsprozess umso genauer diskutiert werden, je deutlicher die Utopie begriffen ist. Der Utopiediskurs befeuert den Transformationsdiskurs. Es besteht jedoch immer die Gefahr, dass eine verkehrte Utopie auch die Konstruktionsdiskussion in die Irre leitet. Die Utopie hat ihre Tücken.

Bilder- und Denkverbote

In der Regel wird Utopie aus zwei Richtungen kritisiert. Eine schaut auf die Konsequenzen für die Transformation. Zwar dürfen Utopieentwürfe plausibilisierend motivieren, sie stehen aber gleichzeitig im Verdacht, fehlzuleiten, wenn sie einen starren Rahmen vorgeben. Sie verhinderten den spontanen, echten Ausdruck einer revolutionären Bewegung, so der Vorwurf. Das unbedingte Vertrauen in die Bewegung löst damit das Vertrauen in die objektive Tendenz der Geschichte ab. Wenn die revolutionären Subjekte kämpfen und Kapitalismus und Herrschaft »richtig« verstanden haben, werden sie mit der Abschaffung des Kapitalismus gleichzeitig befreiende Verhältnisse erschaffen. – Dieses Resultat ist möglich, aber unwahrscheinlich. Es ist umso unwahrscheinlicher, je weniger im Prozess der Transformation bereits das Ziel ins Auge gefasst wird. Wahrscheinlicher ist eher, dass die aktiven Subjekte spontan wieder auf die bekannten Formen zurückfallen. Und wie sollte es auch anders sein, haben sie doch vorher keine Bedingungen geschaffen, um das Zurückfallen zu verhindern.

Utopie ist nie vollständig, sie kann nicht feststehen, sie verändert sich in der Geschichte und mit Bewegungen, doch ohne eine Utopie können wir nicht einmal die nächsten tastenden Schritte der tatsächlichen Überwindung des Kapitalismus denken, praktizieren oder reflektieren – geschweige denn die weiterreichenden. Eine Reflexion über den Weg bedarf der Reflexion des Ziels. Wenn wir über die Überwindung des Kapitalismus nicht rein negativ sprechen wollen, also nur über das, was überwunden werden muss, sondern positiv, über das, was wir aufbauen wollen, benötigen wir die Utopie. Diese fußt auf der Kritik, der Negation, geht aber nicht in ihr auf.

▲ Verteilung von Tätigkeiten in unserer Utopie: Nur nach dem Lustprinzip? Foto: Uli Frank

Eine zweite Kritikrichtung ist unter dem Namen »Bilderverbot« bekannt und geht auf Adorno zurück: »Der Materialismus […] gestattet [nicht], die Utopie positiv auszumalen; das ist der Gehalt seiner Negativität«, so Adorno. Doch ein Bilderverbot ist kein Denkverbot. Adorno (und auch Bloch) sprechen sich gegen eine »auspinselnde« Form des Nachdenkens über Utopie aus, nicht gegen utopisches Denken als solches. Die Utopie kann mit Sicherheit nicht in allen Details beschrieben werden, sie muss Raum für menschliche Spontanität und spezifische Umstände enthalten. Unsere Utopien sind zudem von heutigen Zuständen geprägt und damit beschränkt, doch das gilt für jedes Denken. Es gilt einen Diskurs über Utopie zu finden, der die Kritiken aufnimmt, anstatt Utopie als Ganzes zu negieren.

Es gibt grundsätzlich zwei Zugänge zur Utopie, die sich notwendig ergänzen: einen auffindenden und einen entwerfenden Zugang. Die auffindend-praxisorientierte Utopietheorie versucht utopische Momente in gegenwärtigen und vergangenen Befreiungsversuchen, Kunstprodukten, Narrativen etc. aufzudecken. Beispiele finden wir in Ernst Blochs »Konkreter Utopie«, in Bini Adamczaks »Beziehungsweise Revolution« oder in Friederike Habermanns »Ecommony«. Die entwerfend-konstruktive Utopietheorie entwirft utopische Gesellschaften, Beispiele sind Robert Owens »New Harmony«, Michel Alberts »Parecon« oder die commonistische Inklusionsgesellschaft von Simon Sutterlütti und mir. Der praktische Zugang ist sehr kreativ, doch erstens kommt auch dieser nicht ohne Konstruieren aus und zweitens besteht bei ihm die Gefahr, das Bestehende nur eingeschränkt zu sehen. Die entwerfende Utopietheorie lässt neue Blicke zu, hat aber ihre eigenen Tücken, und bis jetzt wurde sie vor allem beschreibend-auspinselnd betrieben.

Das Gros utopischer Entwürfe bewegt sich im Raum der Fantasie, der Bilder und des Beschreibens. Utopische Romane zeichnen uns spannende Bilder, wie wir besser leben, re/produzieren und uns global koordinieren könnten. Solche Entwürfe legen ihre Grundannahmen allerdings meist nicht offen. Doch auch sie basieren implizit auf Annahmen über Mensch und Gesellschaft, wenn sie menschliche Möglichkeiten beschreiben und nicht bloße Fantasterei betreiben wollen. Da die Grundlagen nicht transparent sind, sind sie auch nicht überprüfbar. So haftet diesen Utopien notwendig ein Moment von Willkür an: Warum sollte die entworfene herrschaftsfreie Gesellschaft möglich sein? Warum sollten sich Menschen so wie beschrieben verhalten? Auch wenn die utopischen Bilder sehr inspirierend sein können, reicht das nicht aus. Wir brauchen einen weiteren utopischen Diskursraum, der auf Basis begründeter Theorie von Mensch und Gesellschaft über die freie Gesellschaft nachdenkt.

Theoretische Basis

Eine freie Gesellschaft wird sich von den historischen Gesellschaften grundsätzlich unterscheiden, doch wird es auch Gleiches geben. Sie ist ebenfalls eine menschliche Gesellschaft mit Re/Produktion, Koordination, Verbrauch etc. In ihr leben noch immer gesellschaftliche Menschen mit Bedürfnissen, Bewusstsein, Empathiefähigkeit etc. Es gibt Theorien, die versuchen solche historisch-übergreifenden Elemente zu begreifen. Sie bestimmen nicht die konkret-historischen Mensch-Gesellschaftsverhältnisse (bspw. Subjekte im Kapitalismus), sondern stellen sich der schwierigen Aufgabe, übergreifend-allgemeine Bestimmungen für Mensch und Gesellschaft zu finden. Diese Bestimmungen gewinnen sie aus der kritischen Analyse von vergangenen und gegenwärtigen Gesellschaften – einschließlich der Versuche, die Beschränkungen durch Emanzipationskämpfe zu überschreiten. Die Utopie ist dann keine Träumerei und Wunschkonzert mehr, sondern ein Entwurf auf Basis begründeter und diskutierbarer Theorie.

Eine Utopie auf explizierter theoretischer Basis nennen wir kategoriale Utopie. Sie kann nicht konkret beschreiben wie Menschen »arbeiten« werden, sie kann aber Grundlagen menschlicher Tätigkeiten formulieren, etwa, dass in einer befreiten Gesellschaft niemand zur »Arbeit« gezwungen werden kann. Sie kann nicht auspinseln, wie Entscheidungen gefällt werden, aber sie kann darüber nachdenken, ob Rätestrukturen eine herrschaftsfreie Bedürfnisvermittlung erlauben. Über kategoriale Utopien können wir streiten und diskutieren, wir können sie auf ihre Richtigkeit hin befragen. Genau dieser kritische Streit ist die Grundlage des wissenschaftlichen Prozesses. Durch das Entwerfen von Utopien auf einer kategorialen Basis kann die utopische Diskussion zur Wissenschaft werden. Utopiediskussionen sind dann kein Streit mehr darüber, was wir uns wünschen, sondern welche Befreiungspotenzen im menschlich-gesellschaftlichen Möglichkeitsraum liegen. Wir hoffen mit der kategorialen Utopie einen Raum zwischen Auspinselei und Bilderverbot zu eröffnen. Es ist ein Raum, der uns erlaubt, über die Überwindung des Kapitalismus (neu) nachzudenken. Denn ohne Utopie bleibt die Transformation blind.

▲ Simon Sutterlütti und Stefan Meretz führen ihre Utopie der Inklusionsgesellschaft in ihrem Buch aus. Es ist als Druckwerk käuflich und als PDF unter commonism.us frei erhältlich.

ANZEIGE

KUBA
Sanktionen durchbrechen, individuell!
Privatunterkunft nahe Hotel Habana Libre
Familiär, Alltagsanschluss, TouristGuide
Gerne auch WhatsApp
Tel. +53 5 266 8099 oder +49 160 93425476

ZUR BEZIEHUNG VON UTOPIE UND TRANSFORMATION

Kämpferische Keimformen?

Die befreite Gesellschaft fällt nicht vom Himmel. Und sie wird nicht vom Staat von oben herab verordnet. In einer befreiten Gesellschaft darf es keine Institutionen geben, die Entscheidungen durchsetzen können. Ihre neuen Formen der Vermittlung, der Konfliktmediation, des Re/Produzierens etc. müssen geschaffen werden.

SIMON SUTTERLÜTTI, COMMONS-INSTITUT

Sie müssen geschaffen werden von uns Menschen selbst, ausgehend von unseren Bedürfnissen, die sich mit und in den neuen Beziehungen verändern, entfalten und von herrschaftlicher Formierung lösen. Befreiung ist notwendig individuell, aber unmöglich individualisiert. Es geht um unsere eigene Befreiung, in und mit unseren kollektiven Lebensumständen, in und mit der Gesellschaft.

Konstruktion benötigt einen intensiven Prozess und kann somit nicht in den Schützengräben der Revolutionskämpfe oder schnell ‚am Tag danach' stattfinden. Den Kapitalismus überwinden reicht nicht, wir müssen gleichzeitig eine Alternative entwickeln. Soweit so gut, nun gilt es diesen Konstruktionsprozess genauer zu verstehen.

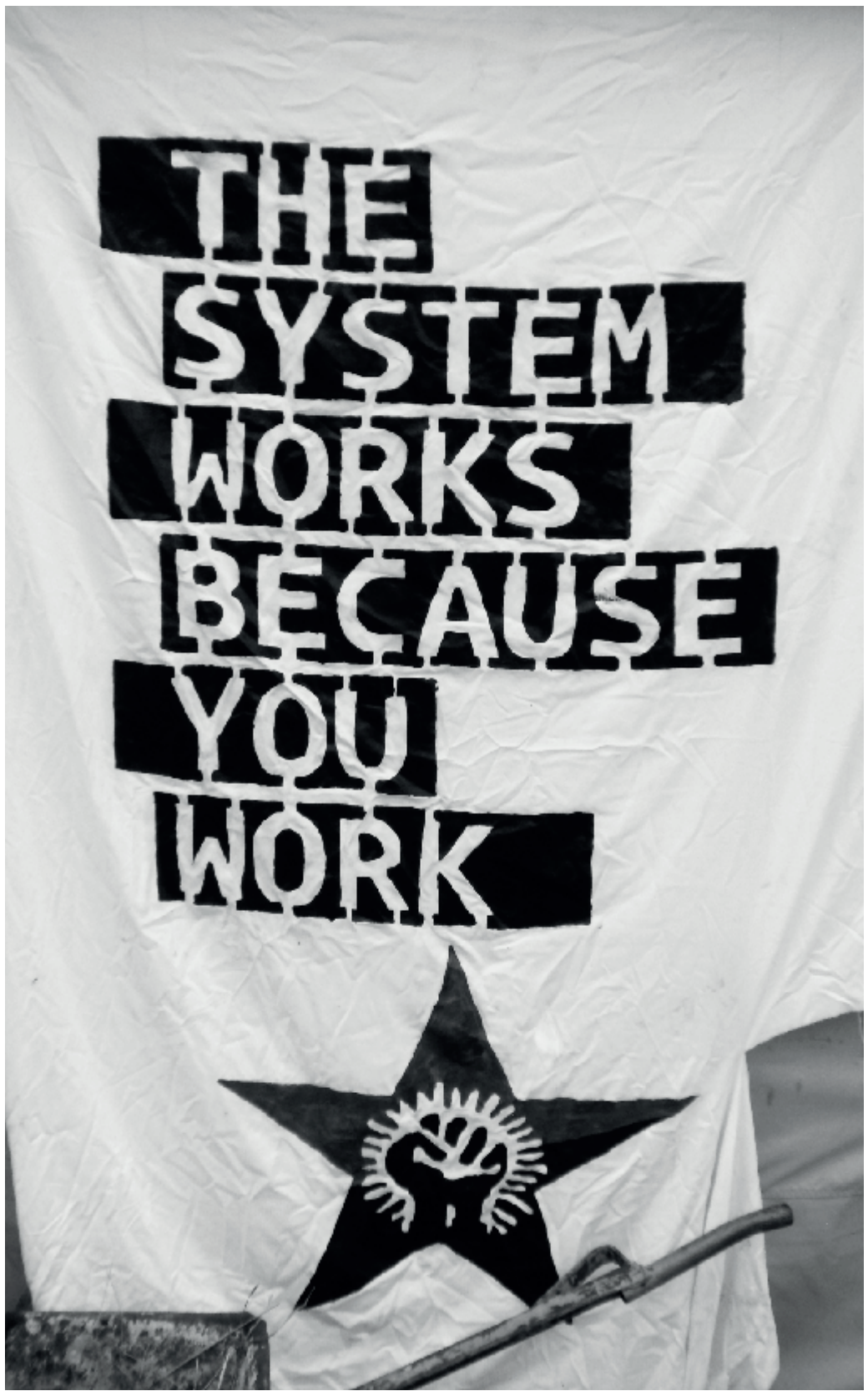
Die Gefahr des Blumenstrauß

Transformationstheorien, die Konstruktion denken, verweisen häufig auf einen »Blumenstrauß der Alternativen«: Genossenschaften, Solidarische Landwirtschaft, öffentliche Stadtwerke, Gemeinwohlökonomie, etc. Dieser Blumenstrauß ist jedoch zu bunt. Auch wenn alle diese Praktiken interessante Momente haben, sollten wir fragen: Welche dieser Praktiken erlauben uns einen befreienden Konstruktionsprozess? Welche können uns dabei nur unterstützen? Was sind die Keimformen einer solidarischen Gesellschaft? Dies bedarf der grundlegenden Bestimmung der Utopie. Wir müssen das Ziel zumindest grob bestimmen, um den Weg dahin erahnen zu können. Mit Sicherheit werden wir dann weiter »fragend voranschreiten«, aber nicht mehr umherirrend. Es gibt somit eine notwendige Beziehung von Utopie und Transformation.

Ein selbstverwalteter Betrieb ist ohne Frage gegenüber einem herkömmlichen vorzuziehen, aber wenn dieser weiter für den Markt produziert, ist die Selbstverwaltung nur sehr eingeschränkt. Durch den traditionellen Marxismus gibt es häufig einen starken Fokus auf die Eigentumsverhältnisse: Hauptsache der Betrieb ist in Arbeiter*innenhand. Wichtiger ist jedoch: In welcher gesellschaftlichen Kooperation und Zirkulation ist der Betrieb eingebettet? Muss er um Absatz konkurrieren oder wird er solidarisch getragen. Commoning ändert die Zirkulation der Produkte. Die »Arbeitsprodukte« nehmen nicht mehr Warenform an, sondern werden Commons. Mittel werden nicht mit (Lohn-) Arbeit als Eigentum für einen Markt produziert, sondern freiwillig in offene Verfügung für Bedürfnisse. Diese Bedingungen von Freiwilligkeit und offener Verfügung schafft Inklusionsbedingung. Bedingungen, unter denen ich meine Bedürfnisse besser befriedigen kann, wenn ich die Bedürfnisse anderer einbeziehe. Die commonistische Zirkulation schafft somit neue Bedingungen für die Re/Produktion. Im Kapitalismus entkommt die commonistische Re/Produktion damit tendenziell dem Widerspruch von Gebrauchswert (Bedürfnisse befriedigen) und Tauschwert (Geld verwerten), in der Utopie vollständig.

Interpersonal und friedlich

Eine entscheidende Einschränkung dieser Praktiken liegt auf der Hand und wird von ihren Kritiker*innen mit Recht erhoben: Sie sind klein, nischenhaft, vereinzelt. Dies gilt weniger für Commons, die symbolische oder soziale Mittel wie Demonstrationen oder Wikipedia-Artikel herstellen, sondern für Commons, die materielle Mittel herstellen wie Solawi oder Open Hardware. Bei der Solawi kann man das Problem gut auf den Begriff bringen. Eine kapitalistische Landwirtschaft produziert nicht für konkrete Menschen, sondern für allgemeine Andere. Für irgendwelche Leute, die im Supermarkt dann die Karotten kaufen. Beziehung mit allgemeinen Anderen nennen wir transpersonal. Eine Solawi produziert für konkrete Menschen vielleicht 80 oder 120 Abnehmer*innen. Eine Solawi benötigt also konkrete Abnehmer*innen mit denen sie Absprachen treffen, Bedürfnisse aushandeln und Konflikte lösen kann. Beziehung zu konkreten Anderen nennen wir interpersonal. Eine Solawi interpersonalisiert also eine vorher transpersonale Beziehung. Das schraubt den Vergesellschaftungsgrad zurück. Und es scheint so: Nur Staat und Markt sind richtig gut darin, Menschen zu koordinieren, die sich weder absprechen noch kennen. Aber das stimmt nicht. In einer Commons-Gesellschaft könnte eine Solawi wie der Karla-Hof ihre Kartoffeln offen anderen Menschen zur Verfügung stellen, aber im Kapitalismus nicht, weil sie noch in Tauschbeziehungen eingebunden ist. Aber wie könnte sich Commoning (Freiwilligkeit und offene Verfügung) gesellschaftlich verallgemeinern?



▲ »Das System funktioniert, weil du funktionierst« - ein Schnappschuss vom diesjährigen MOVE Utopia.

Foto: Luis Jara

In der Commons-Bewegung wird die commonistische Verallgemeinerung meist als friedliche Ausdehnung gedacht. Mehr Solawis, mehr Hausprojekte, Gemeinsame Ökonomien, etc. Und auch in neuen Bereichen: Windkraftanlagen finanzieren sich solidarisch, statt über den Markt zu verkaufen, commonistische Bars, solidarische Staatgutproduzent*innen und Fahrradfabriken, tauschlogikfreie nicht-staatliche Kindergärten und Krankenhäuser. Und Schritt für Schritt verbinden sich diese Commons miteinander. Schaffen ein transpersonales Commoning voll Freiwilligkeit und offener Verfügung. Die Windkraftanlagen produzieren Strom als Commons, die »Arbeiter*innen« dort schicken ihre Kinder zu Commons-Kindergärten und wohnen in commonistischen Hausprojekten. Ein immer dichteres Netz von Commons entsteht und erlaubt den Menschen sich immer weiter von Staat und Markt zu verabschieden. Friedlich aus dem Kapitalismus herauswachsen. Ihn einfach links überholen. Freundlich, aber bestimmt.

Die Ausdehnung ist meiner Erfahrung nach nicht einfach eine Verallgemeinerungsperspektive unter vielen, sondern die dominante Perspektive. Und zwar weil sie durch die Praxis nahegelegt ist. In Commons wirkt die Inklusionslogik, es gilt also, nahegelegt Konflikte miteinander zu lösen, gemeinsame tragfähige Entscheidungen zu finden. Eine Kultur von Miteinander, Kooperation und (etwas großspurig) Frieden. Hierzu passt die Ausdehnung: Stück für Stück überzeugen wir durch unsere Praxis mehr Menschen und Schritt für Schritt wachsen wir. Die Ausdehnungsperspektive wird im Commons-Institut heiß diskutiert. Ich glaube wir müssen uns von ihr verabschieden. Die friedliche Ausdehnung ist durch das enge kapitalistischen Korsett von Privateigentum, Markt und Staat beschränkt, und wird durch innere Dynamiken erschwert. Ich glaube:

Commons sind zu friedlich

Ich mag keine Multikausalität. Nicht weil ich glaube, dass alle Sachverhalte eine Ursache haben. Multikausalität tut so, als seien alle Ursachen gleichberechtigt, statt die Beziehungen der Ursachen zu klären. Sollen wir nun Reformen oder Revolution machen? »Das ist doch gar kein Widerspruch! Wir machen einfach ›revolutionären Reformismus‹.« (Der effektiv dann doch meist nur auf reformistische Schritte hinausläuft). Sollen wir nun Keimformprojekte aufbauen oder das bedingungslose Grundeinkommen erstreiten? »Was heißt hier oder? Beides! Und die stützen sich sogar gegenseitig.«

Damit wir in eine befreite Gesellschaft kommen, muss diese befreite Gesellschaft irgendwo entstehen. Deshalb rücken wir mit der Keimformtheorie die Konstruktion ins Zentrum. Doch sie steht nicht alleine da. Revolution betont tendenziell den plötzlichen Bruch mit dem Alten und Reform den langsamen Umbau. Revolution, Reform und Konstruktion können sich verschränken und stützten. Doch sie widersprechen sich auch.

Zwischen Reform und Konstruktion entsteht ein Integrationsproblem. Die Commons werden staatlich integriert und befriedet. Sie modifizieren das System, statt es zu ersetzen. Gut zu sehen ist das vielleicht in Uruguay wo Freund*innen erzählten: Sobald wir ein Haus als soziales Zentrum besetzen, steht am nächsten Tag der Staat vor der Tür und bietet uns finanzielle Unterstützung und eine*n Sozialarbeiter*in. Commons können für staatliche Unterstützung durch Geld und Ressourcen kämpfen, aber müssen gleichzeitigt ihre eigenen Unabhängigkeit ausbauen und sichern.

Zwischen Revolution und Konstruktion ergibt sich ein Geschwindigkeitsproblem. Die Commons-Bewegung verbündet sich mit einer antikapitalistischen-antistaatlichen An- und Enteignungsbewegung. Häuser und Stromversorgung, Produktionsmittel und Baupläne werden angeeignet und in eine commonistische Re/Produktion integriert. Die Interpersonalität und Kleinheit der Commons wird überschritten und immer größere Teile des gesellschaftlichen Reichtums werden zu Commons und commonistisch re/produziert. Transpersonales Commoning mit Hinweisvermittlung, freier Kooperation und inkludierenden Konflikten entsteht notwendigerweise (genauer: commonism.us). Notwendig ist hierbei aber wohl eine »zügige Ausdehnung«, denn der Staat steht sicherlich vor der Tür und will seine Kernkompetenz umsetzen: das Privateigentum sichern. Wenn die Commonsre/produktion eine bestimmte Größe und Versorgungssicherheit erreicht hat, wird es vielleicht für Personen und ganze Unternehmen interessant, sich freiwillig anzuschließen. Aber konfliktlos wird das Ganze wohl nicht ablaufen.

Wichtig: Die Commonsre/produktion darf nicht der militärischen Logik unterworfen werden. Dies würde geschehen, wenn die Aneignungsbewegung entscheidet, welche Ressourcen und Mittel die Commons geben müssen. Die Commons müssen frei unterstützen dürfen. Eine weitere Gefahr ist: Wir eignen an, aber die Beziehungen, welche die Mittel und Ressourcen als gesellschaftliches ‚Eigentum' sichern und re/produzieren, sind noch nicht ausgereift. Die Konstruktion hält mit dem Tempo der Revolution nicht mit. Es droht eine staatliche und damit autoritäre Wendung.

Tja, die Konstruktion ist noch unklar. Aber mir scheint, wir können noch einiges durchdenken und aus vergangenen Versuchen lernen. Der Text verkompliziert und stellt neue Fragen, aber ich glaube, das ist notwendig. Lasst uns gemeinsam darüber nachdenken und unsere Gefühle von Unsicherheit und Sorgen ernst nehmen.

ANZEIGE

Informativ, knapp und klar:

Ossietzky

Die Schaubühne seit 1905
Die Weltbühne seit 1918
Ossietzky seit 1998

»Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegierige Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert.«
Carl von Ossietzky in der Weltbühne *vom 8. Dezember 1931*

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Ossietzky herausgegeben von Matthias Biskupek, Rainer Butenschön, Daniela Dahn, Rolf Gössner, Ulla Jelpke und Otto Köhler, begründet 1997 von Eckart Spoo.

Ossietzky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.

Ossietzky Verlag GmbH • ossietzky@interdruck.net
Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre • **www.ossietzky.net**

COMMONS UND ALTERNATIVE PROJEKTE IM HANDGEMENGE

Was tun, wenn's brennt?

▲ Der Bürgermeister von Riace, Domenico Lucano, spricht vor auf einer großen Versammlung von Aktivist*innen, die sich für Geflüchtete und gegen Grenzen einsetzen. Foto: Hiruka komunikazio-taldea / flickr.com (CC)

Der aktuelle Sonderbericht des IPCC zum Zusammenhang zwischen Klimawandel und Landsystemen macht auf die Verwundbarkeit der Ernährungsgrundlage der Menschheit durch den Klimawandel aufmerksam. Gewusst hat man's ja schon, aber nun muss man es wissenschaftlich nachgewiesen zur Kenntnis nehmen und damit umgehen. Angesichts der sich häufenden Hiobsbotschaften bringt mich die Beschäftigung mit der Zukunft der Menschheit, d.h. mit der Variante davon, die die höchste Wahrscheinlichkeit hat, immer mehr um mein Weltvertrauen.

ANNETTE SCHLEMM, ZUKUNFTSWERKSTATT JENA

Wir sind ein Vierteljahrhundert zu spät dran, um die Bremse einzulegen und die Richtung zu ändern, bevor es heikel wird. Es wird weiter zu ungeheuren Wetterextremen, Dürren, Überschwemmungen und Hurrikans kommen, deren Wahrscheinlichkeit und Stärke wir uns zuzuschreiben haben. Die jungen Leute haben zuerst gemerkt, dass wir Älteren die Gefahrenzeichen zu lange übersehen und die Augen davor geschlossen haben. Für solche wie mich, die schon länger trauern um die verlorenen glücklichen Zukünfte, oder jene, die bereits Panik vor dem zu Erwartendem haben, gibt es inzwischen schon eine – wohl nicht ganz ernst gemeinte – Diagnose: »Prä-Traumatisches Belastungssyndrom«. Ich bin also nicht allein mit meinen Ängsten. Dies zu wissen, hilft mir schon ungemein. (Gerne können andere, die das sehr bewegt, sich bei mir melden; ich würde mich gern mit ihnen austauschen.) Wenn wir heute noch Utopien haben, müssen sie sich einem gewaltigen Crash-Test[1] unterziehen! Manchmal erfolgt dieser Crash-Test von alleine, etwa wenn Projekte des Mietshäuser Syndikats von rechten Anschlägen bedroht sind.[2]

Brigitte Kratzwald fragte sich bereits 2015, ob Commoning dem Klimawandel etwas entgegensetzen kann.[3] Sie kam zum Ergebnis, dass die Praxis des Commoning geeignet ist, Regeln zu finden, mit denen Menschen in den unterschiedlichen Regionen vernünftig mit ihren Ressourcen umgehen können. Aber dies setze geeignete Rahmenbedingungen voraus, die zuerst durch eine »Veränderung der Machtverhältnisse, eine Entmachtung der großen Konzerne und eine weitreichende Demokratisierung« erkämpft werden müssten. Leider ist nicht zu erwarten, dass dies in nächster Zeit gelingt.

Die Commons stehen also als »Keimformen« in den Startlöchern, aber der Boden, in dem sie keimen wollen, verdorrt, wird überschwemmt und im schlimmsten Fall auch noch besetzt von rechtsgerichteten Gemeinschaftsprojekten. Und der Klima-Umbruch wartet nicht. Nicht nur in der industriellen Landwirtschaft, sondern auch in Solidarischen Landwirtschaften und Gemeinschaftsgärten muss auf Dürren reagiert werden, das geht bis zur Aufgabe der Gemüseproduktion. Nachdem voriges Jahr noch verbreitet wurde, das Trinkwasser in Deutschland sei nicht in Gefahr, wird dieses Jahr schon nach einer kurzen Trockenwetterperiode klar, dass die Bedürfnisse an die Wasservorräte durch Trinkwassernutzung und Landwirtschaft in vielen Regionen schon stark konkurrieren. Alle Zeichen stehen auf eine Verstärkung der Konkurrenz.

Populismus und Entsolidarisierung

Wie Bruno Latour schrieb, haben sich die Herrschenden dieser Welt, auch die herrschenden Nationen, inzwischen davon verabschiedet, »die Welt zu führen«, sondern sie »suchen außerhalb dieser Welt Schutz«[4]. Der Versuch, sich selbst abzukoppeln vom sich ausweitenden Elend kennzeichnet auch die Abwehr von Migration und andere populistische Vorhaben. Sie sind »populistisch«, weil sie funktionieren in einer Welt, in der alle darauf gepolt sind, ihre eigenen Lebensinteressen nur auf Kosten anderer erfüllen zu können. Eine allgemeine Entsolidarisierung gewinnt immer mehr Raum, wo es doch gerade darauf ankäme, den kommenden stürmischen Zeiten Solidaritätsnetzwerke entgegen zu setzen.

Dahinter steckt keine böse menschliche »Natur«, und das lässt sich auch nicht nur durch die strukturell herrschende Exklusionslogik[5] erklären. Dahinter steckt auch ein berechtigtes Bedürfnis, nämlich das nach Sicherheit. Dass Commons genau hierfür eine alternative, eine bessere Antwort geben können, ist in der Öffentlichkeit noch viel zu wenig bekannt. Commons beruhen auf gegenseitiger Für- und Vorsorge, bieten neben Sicherheit noch Zugehörigkeit, Verbundenheit und Sinnstiftung.[6] Alle Beteiligten übernehmen und tragen die Risiken.[7] Gerade in Commons sind schnelle Reaktionen auf schnelle Veränderungen der Bedingungen möglich.[8]

Beweisen das die vorhandenen Commons, oder müssen sie erst in der schlimmsten Notlage neu entstehen? Silke Helfrich und David Bollier berichten von der Selbstorganisation im Flüchtlingslager Zaatari in Jordanien.[9] Anderswo wurde auf die Migrationsströme, die normalerweise neben geringen Willkommens-Aktivitäten beim größten Teil der Bevölkerung eher Abwehr hervorrufen, in commons-gerechter Weise reagiert: Riace[10] ist eine kleine Gemeinde in Kalabrien, wie viele ländliche Regionen langsam aussterbend. Als die Flüchtlinge kurz vor der Jahrtausendwende kamen, in einem vor der Küstenstraße gestrandeten Boot, wurden sie nicht einfach weiter geschickt. In ihnen wurden keine Last und kein Sicherheitsrisiko gesehen, sondern menschlicher Reichtum. Sie wurden aufgenommen, sie renovierten und belebten die vorher leerstehenden Häuser, Schulen wurden wieder eröffnet, Kooperativen gegründet und Geschäfte blühten wieder auf. Es sollen bis zu 800 Geflüchtete gewesen sein, die integriert wurden. Ein Erfolgsbeispiel, oder? Der zum Bürgermeister gewordene Aktivist Domenico Lucano gewann den Dresdner Friedenspreis, dafür wurden vor Ort seine Hunde vergiftet. Wim Wenders, der einen Film darüber machte (»Il Volo«), meinte dazu: »Die wahre Utopie ist nicht der Fall der Mauer, sondern das, was in Kalabrien erreicht worden ist, in Riace.«

Im Oktober 2018 wurde Lucano verhaftet und durfte nach der Freilassung sein Dorf viele Monate lang nicht mehr betreten und die Geflüchteten wurden in Flüchtlingslager gesteckt. Lucano sollte mindestens ebenso bekannt sein wie Greta Thunberg. Und Projekte wie das »Projekt Shelter« für den Start in ein selbstbestimmtes Leben für Geflüchtete in Frankfurt sollte es überall geben, ausgeweitet auch auf Hiesige, denen es nicht erst als Geflüchtete schlecht geht.

Nicht nur eine Notlösung

Ja, im Idealfall können zuerst die Rahmenbedingungen verändert werden, unter denen sich dann die Commons ausweiten und ausbreiten können. Jetzt aber stecken wir bereits im Schlamassel. Wenn sich die Commons nicht jetzt schon »im Handgemenge« beweisen, werden sie in der Zukunft für eine lange Zeit keine großen Chancen haben, weil sich die Rahmenbedingungen zu ihren Ungunsten verändern. Der herannahende Klima-Umbruch führt zu restriktiven, autoritären Lösungsversuchen. Der Versuch der Bepreisung des Umweltverbrauchs bzw. seiner Verschmutzung wird von jenen bezahlt, die am wenigsten profitieren von der Schädigung. Dies durchzusetzen verstärkt die schon jetzt gut funktionierende ausgrenzende Logik, bei der sich jeweils bestimmte Menschengruppen hinter ihren Vorteilen verschanzen, die sie vor allem gegen jene verteidigen, die noch schlechter gestellt sind.

Selbstorganisationsprojekte könnten dann, wie jetzt schon die »Tafeln«, zu Notnägeln werden, die das Elend besser verwalten helfen. Wenn Commons nur die Notlösung sind, haben sie keine Zukunft. Wichtig wäre es, die in der Not geborenen Initiativen, etwa Kleiderspenden für die Geflüchteten, auszuweiten hin zu Selbstversorgungsprojekten für alle. Die gemeinschaftlichen Alternativen sollen zwar Menschen auch direkt helfen, aber sie dürfen nicht den Abbau derzeitiger Rechte abfedern, sondern Wege nach draußen aufzeigen. Dies ist keine weltfremde Forderung, sondern gerade in Notsituationen neigen Menschen überall dazu, sich gegenseitig zu helfen. Daraus könnte, so die Gruppe »Out of the woods«, eine Art »Katastrophen-Kommunismus«[11] entstehen. Man kann es auch »Kommunismus auf verbrannter Erde« nennen. Das Projekt »Sozialistische Selbsthilfe Köln« begann vor fast einem halben Jahrhundert als Selbsthilfeprojekt obdachloser Jugendlicher und Studierender[12] – erste Keime einer kommenden »Commonistischen Selbsthilfe«. Angesichts der gefährlichen Entwicklungstrends kann sich die gesuchte Transformationsstrategie hin zu einer nichtkapitalistischen Entwicklung ihre Bedingungen nicht aussuchen, sie muss »im Handgemenge« der Kämpfe ihre Position entwickeln und stärken.

Nur Schönwetter-Utopien brauchen Inseln und ferne Planeten, um weitab vom Handgemenge der alltäglichen Realität zu gedeihen. Wir haben nur diese Erde und auf ihr müssen wir es schaffen, aus der Defensive in eine Offensive zu kommen. Commoning ist kein nettes »Wünsch dir was«, sondern seine Praxis muss im Handgemenge, in den realen Widersprüchen praktisch handlungswirksam sein. Jene Commons, die um die Jahrtausendwende auch hier in Europa ins linke Theoriegespräch einsickerten, waren von vornherein kämpfende Commons. Commons, die gegen sich ausweitende Einhegungen kämpfen mussten. Aus der Verteidigung muss ein Angriff werden. Zapatistas in Mexiko und Fabrikbesetzer*innen in Argentinien und Griechenland agieren unter dem Motto: »Besetzen – Widerstehen – Produzieren«. Mit weniger Radikalität wird es nicht gehen, um die Rahmenbedingungen wirklich zu verändern. Wir brauchen mehr Riaces, mehr Carola Racketes.

[1] Annette Schlemm: Schönwetter-Utopien im Crashtest. Packpapier-Verlag 2013.
[2] Pressekonferenz des Mietshäuser Syndikats: Regionale Koordination Rhein-Main vom 19.12.2018.
[3] https://kratzwald.wordpress.com/2015/08/18/commons-und-klimawandel/
[4] Bruno Latour: Das terrestrische Manifest. Suhrkamp 2018. S. 10.
[5] Simon Sutterlütti, Stefan Meretz: Kapitalismus aufheben. VSA-Verlag 2018. S. 31.
[6] Silke Helfrich, David Bollier: Frei, fair und lebendig. Die Macht der Commons. transcript 2019. S. 158.
[7] Ebd.,S. 165f..
[8] Ebd., S. 177.
[9] Silke Helfrich, David Bollier: Frei, fair und lebendig, a.a.O., S. 22f..
[10] vgl. Contraste, Januar 2019, Nr. 412, S. 3.
[11] Disaster communism: http://libcom.org/blog/disaster-communism-part-1-disaster-communities-08052014.
[12] Geschichte der SSM: https://www.sozialistischeselbsthilfekoeln.de/geschichte/ (Mehr zur SSM lest ihr in unserer November-Ausgabe)

ANZEIGE

30 Jahre AfD ++ Rechter Rand und Opportunisten der DDR-Opposition ++ Zensur damals und heute ++ Geschichtsrevisionismus und Antikommunismus ++ Frauenrechte in der DDR ++ Westdeutsche Sicht auf 1989 ++ Der Osten im Film ++ Free-Jazz in der DDR ++ Bischofferode

SONDERNUMMER:
30 JAHRE HERBST ´89

Ab 11.10.2019 erhältlich, per:
Post: Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Internet: http://telegraph.cc
E-Mail: info@telegraph.cc
und in ausgesuchte Verkaufsstellen.

DER TELEGRAPH IST DIE LETZTE NOCH EXISTIERENDE PUBLIKATION DER DDR-OPPOSITION.

KOLA LEIPZIG

Neue Dimensionen einer Kooperativen Landwirtschaft

KoLa Leipzig ist eine Gemüse-Genossenschaft im Gründungsprozess. Im Mai 2018 starteten die Vorarbeiten – mittlerweile mit einem Kernteam von fünf Personen und diversen Unterstützer*innen. Auf 35 Hektar Land soll biologisches Gemüse und Obst für Leipzig und Umgebung angebaut und genossenschaftlich an die Mitglieder vertrieben werden. Ab Herbst 2020 wird der Pachtvertrag beginnen. Dann kann am Rande der Stadt ein lebenswerter, mitgliedergetragener Hof aufgebaut werden.

HANNO BÖHLE, LEIPZIG

▲ Mitglieder des KoLa-Gründungsteams vor dem Gewächshaus der befreundeten Gemüsekooperative Rote Beete eG. Foto: saxn.co

Die Genossenschaft KoLa Leipzig wird nach dem Prinzip der Solidarischen Landwirtschaft wirtschaften: Verbraucher*innen finanzieren für jeweils ein Jahr die Kosten des landwirtschaftlichen Betriebs und erhalten dessen Gemüse- und Obsterzeugnisse in Form von wöchentlichen Ernteanteilen. Verbraucher*innen können zudem mit Freunden, Kindern und Familie auf den Hof kommen, mitackern und sehen wie und wo ihre Lebensmittel herkommen. Das Mitackern ist jedoch nicht verpflichtend. Das Gemüse wird jede Woche verpackungsfrei an Verteilpunkte in der Stadt geliefert, die als Orte der Gemeinschaft und des Austausches funktionieren.

Lebensmittelverschwendung vermeiden

Die Genossenschaft befindet sich im gemeinsamen Eigentum aller Mitglieder, die unabhängig von der Höhe ihrer Beteiligung über eine Stimme in der Generalversammlung verfügen. Damit ist das KoLa-Team Teil einer bundesweit wachsenden Zahl an Gärtner*innen, die sich für eine vergemeinschaftete und demokratische Gestaltung ihres Unternehmens entscheiden. Im Sinne des kooperativen Prinzips »concern for community« werden fünf Prozent des Jahresüberschusses laut Satzung eingesetzt, um sozial-ökologische Projekte zu fördern. Gleichzeitig ist es ausdrückliches Ziel, faire Löhne zu zahlen und Lohnunterschiede zu begrenzen.

Das Pachtland gehört der evangelischen Kirche in Taucha und wird bisher konventionell in Monokultur bewirtschaftet. Es wurde zunächst der Gemüsekooperative Rote Beete angeboten. Jedoch will diese nicht weiter wachsen. Deshalb wurde als neues Projekt KoLa gegründet. KoLa wird das anvertraute Land in eine umwelt- und naturschonende Bewirtschaftung überführen, die Boden- und Gewässerqualität verbessern, den CO_2-Ausstoß minimieren und auf den Ackerflächen mehr Raum für Tiere und Insekten schaffen. Das geschieht über das Einhalten einer weiteren Fruchtfolge, das Pflanzen von Hecken und Blühstreifen sowie über den Einsatz einer Mulchpflanzmaschine.

Um all dies zu erreichen, erweist sich das Wirtschaften nach dem Prinzip der Solidarischen Landwirtschaft als essentiell: Durch die direkte Kooperation zwischen Verbraucher*innen und Erzeuger*innen entfallen Teile der üblichen Handels- und Vertriebskosten. Zudem erhalten die Produzent*innen Planungssicherheit und bauen nur so viel an, wie tatsächlich abgenommen wird. Unnötiger Aufwand und Lebensmittelverschwendung lässt sich so vermeiden. Diese Kostenersparnisse ermöglichen Spielräume für höhere sozial-ökologische Standards, die am freien Markt nicht finanzierbar wären.

Lokales Netzwerk von Solawis

Die 35 Hektar Land von KoLa Leipzig stellen für die Solidarische Landwirtschaft eine neue Größenordnung dar. Bis zu 5.000 Menschen könnten wöchentlich mit diesen Flächen mit regionalem Obst und Gemüse versorgt werden. Gezeigt werden soll, dass eine genossenschaftliche, soziale und ökologische Landwirtschaft auch außerhalb des links-alternativen Milieus attraktiv sein kann. Sie muss fester Bestandteil einer zukunftsfähigen Land- und Ernährungswirtschaft werden.

Sozial-ökologische Transformation von Produktion und Konsum ist nicht nur ökologisch notwendig, sondern kann auch auf sozial wünschenswerte und bereichernde Art und Weise gestaltet werden. In diesem Sinne vereint die Solidarische Landwirtschaft die Möglichkeit, transformationspolitisch aktiv zu werden mit der praktischen Erfahrung von gutem Essen und integrativer Gemeinschaft. Bioanbau und genossenschaftliche Kooperation können so in die Mitte der Gesellschaft hineinwachsen.

In Leipzig befindet sich ebenfalls die Solawi Ackerilla im Aufbau (siehe Artikel unten). Darüber hinaus existieren vier weitere Solawis in der Stadt: Die Rote Beete, die Kleine Beete, die Solawi Allerlei und die Solidarische Feldwirtschaft. In der Region geht es deshalb darum, Kooperationen unter den Solidarischen Landwirtschaften aufzubauen, sich gegenseitig zu unterstützen und das Vorhaben einer sozial-ökologischen Agrar- und Ernährungswende gemeinsam anzugehen. Über ein lokales Solawi-Netzwerk existiert schon eine Plattform für derartige Initiativen.

Anstehende Herausforderungen

Bis zum Produktionsstart sind bei KoLa Leipzig noch einige Herausforderungen zu bewältigen:

- Nur wenn genügend Menschen dem Projekt vertrauen und frühzeitig Genossenschaftsmitglieder werden, lässt sich die notwendige Betriebsinfrastruktur finanzieren. Zusätzlich müssen Mitgliederdarlehen und Bankkredite aufgenommen werden.
- Die Solawi-typische Bietrunde soll beibehalten werden, muss jedoch für einen großen Mitgliederkreis praktikabel gestaltet werden. Neben der Bietrunde wird deshalb an einem IT-System mit App für die Mitglieder gearbeitet, um den Verwaltungsaufwand zu verringern. Kurzfristiges Weitergeben von Gemüseanteilen, die reibungslose Änderung von Mitgliederdaten oder die intelligente Berechnung von Ernteanteilen werden so erleichtert. Mit IT-Unterstützer*innen sollen entsprechende Open-Source-Lösungen gefunden werden.
- In der Landwirtschaft herrscht Fachkräftemangel. Im Freilandbereich ist die Genossenschaft gut aufgestellt. Für einen gelungenen Start werden aber für jeden Arbeitsbereich noch ein bis zwei gelernte und erfahrene Personen benötigt. Entsprechend wird nach Unterstützung in den Bereichen Obst- und Gewächshausanbau gesucht.

NEUE SOLAWI BEI LEIPZIG

Crowdinvesting-Kampagne für Ackerilla gestartet

Die Ackerilla, ein GärtnerInnen-Kollektiv aus Leipzig, will zusammen mit der Kulturland Genossenschaft rund 15 Hektar Land bei Leipzig sichern, um ab Herbst 2019 mit einer solidarischen Landwirtschaft zu starten. Insgesamt sollen 400.000 Euro für den Landkauf eingeworben werden, sowie 200.000 Euro für die Infrastruktur, um auf den Flächen einen neuen Gärtnerhof zu begründen. Dafür werden jetzt Unterstützer gesucht.

ACKERILLA GBR & KULTURLAND EG, LEIPZIG

Mit mehreren regionalen Veranstaltungen stellen Ackerilla und Kulturland die Crowdinvesting-Kampagne vor. Mit den eingeworbenen Summen soll die Ackerfläche langfristig vor Bodenspekulation geschützt und Jungbäuerinnen eine Chance auf ökologische und faire Landwirtschaft gesichert werden. Denn kaum ein Jungbauer kann sich bei den dramatisch entwickelnden Hektarpreisen noch Land für den Aufbau einer Landwirtschaft leisten. Durch Anteile an der Kulturland-Genossenschaft für den Landkauf und Nachrangdarlehen für den Aufbau der solidarischen Landwirtschaft kann sich jeder finanziell an dem Projekt beteiligen und einen Beitrag gegen Monokulturen, Insektensterben und Bodenspekulation leisten.

Insgesamt geht es um 14,65 Hektar fruchtbare Ackerfläche sowie eine kleine Wiese bei Sehlis. Diese in vier Flurstücke aufgeteilten Flächen liegen in der Leipziger Tieflandbucht nördlich der Parthe. Die Flächen sind aktuell noch verpachtet, der Pachtvertrag läuft zum Winter 2019 aus. Der Kaufpreis beträgt insgesamt 240.000 Euro. Zusätzliche 160.000 Euro sind überdies zur Finanzierung weiterer Landkäufe im Leipziger Umland und in Sachsen vorgesehen. Durch Anteile an der Kulturland- Genossenschaft können sich Bürgerinnen und Bürger an der Finanzierung des Flächenkaufs beteiligen.

Im Herbst 2019 soll die Bewirtschaftung des ersten Flurstücks mit Gemüse durch die Solidarische Landwirtschaft (SoLaWi) Ackerilla starten. Hierfür benötigen die BewirtschafterInnen 200.000 Euro als Nachrangdarlehen. Denn auf der Fläche ist derzeit noch keine Infrastruktur vorhanden. Für die Bewirtschaftung des Flurstücks durch die SoLaWi Ackerilla sollen deshalb zwei Feldscheunen, drei Folientunnel sowie ein Brunnen errichtet und landwirtschaftliche Geräte erworben werden. Ab Frühjahr 2020 können dann die ersten Ernteanteile vergeben werden. Geplant ist, dass die SoLaWi Ackerilla dann insgesamt 200 Mitglieder aufnehmen kann. Angebaut werden sollen 40 unterschiedliche Kulturen, darunter Tomaten und Gurken, aber auch Spargel und Honigmelonen.

Die Fläche wird über die Kulturland eG finanziert. Für den Kauf haben sich Kulturland eG und das Netzwerk für solidarische Ökonomie Leipzig e.V. zur Kulturland Sehlis KG als Grundstückseigentümer zusammengeschlossen. Auch die Stiftung Partheland in Sehlis beteiligt sich am Landkauf. Die Stiftung wird auf den Flächen umfangreiche Heckenpflanzungen vornehmen.

Die Kulturland eG ist eine Gemeinschaft von Bäuerinnen und Bauern und Bürgerinnen und Bürgern, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, landwirtschaftliche Flächen aus der Spekulation zu befreien. Mit dem Geld aller Genossinnen und Genossen erwirbt die Kulturland eG landwirtschaftliche Flächen, um sie im Sinne einer modernen »Allmende« langfristig zu sichern. Anschließend verpachtet die Kulturland die Flächen zu günstigen Konditionen an Höfe, die ökologisch wirtschaften und sich darüber hinaus sozial öffnen und bewusst in ihre Region einbinden. Diese Flächen verbleiben bei der Kulturland eG und sind damit unveräußerbar.

Film und mehr Infos:
https://crowdinvest.ackerilla.de/

ANZEIGE

HAUSBESETZUNGEN IN POTSDAM IN DEN 1980ER UND 1990ER JAHREN

»Wir können auch anders«

In den 1990er Jahren gab es in Potsdam 70 Hausbesetzungen, zeitweise waren bis zu 30 Häuser parallel besetzt. Dafür waren zwei Bedingungen ausschlaggebend: Zum einen das noch aus DDR-Zeiten herkommende oppositionelle Milieu der Stadt und eine immense Wohnungsnot bei gleichzeitigem Leerstand hunderter Wohnungen. Jakob Warnecke hat in seiner Dissertation nun die Geschichte der Hausbesetzungen in Potsdam untersucht und erzählt sie.

BERND HÜTTNER, REDAKTION BREMEN

Bei der Erforschung neuer sozialer Bewegungen ist die Quellensituation immer von Bedeutung, ist doch die Überlieferung solcher Bewegungen oft unvollständig und verstreut. Warnecke hat zehn Interviews mit Zeitzeug*innen geführt, Tagespresse und alternative Medien ausgewertet und staatliche und auch Bewegungsarchive aufgesucht. So konnte er viele Quellen unterschiedlicher Herkunft auswerten.

Nach einer Einleitung zum Forschungsstand zu Hausbesetzungen in der Bundesrepublik bis 1989 schildert Warnecke zuerst drei Vorläufer der Potsdamer Häuserbewegung: eine in vielen Großstädten der DDR anzutreffende Praxis des »Schwarzwohnens«, die DDR-Opposition unter dem Dach der Kirche, wobei in Potsdam das Spezifikum relevant ist, dass dort schon vor 1989 eine kleine antifaschistische Gruppe existierte. Drittens gab es in Potsdam, ein alternatives, vor allem künstlerisch geprägtes Milieu.

1988 stehen in Potsdam 3.500 Wohnungen leer, die aber oft in miserablem Zustand sind, gleichzeitig gibt es (nur) circa 20-40 Schwarzwohnungen. Die Praxis des Besetzens ab Anfang 1990 ist dann öffentlich und nicht nur deshalb auch für »Außenstehende« sehr wahrnehmbar. Sie geschieht vor dem Hintergrund der »Vereinigung«, der damit einhergehenden Implosion der alten Machtapparate und des langen Übergangs, bis das neue Regime errichtet ist. Zweitens vor dem Hintergrund des Prozesses, der heute die Aufwertung der Innenstädte genannt wird. 1991 erreicht der »Häuserkampf« seine maximale Ausdehnung, der Höhepunkt, was die Konflikte angeht, ist dann 1993. Nach der aufsehenerregenden Räumung der Häuser der Mainzer Straße in Ostberlin Ende 1990 ziehen immer mehr Berliner*innen nach Potsdam – und besetzten dort. So kommt es zu einer Durchmischung und Ausdifferenzierung der in den besetzten Häusern aktiven Szenen, was insbesondere zwischen den westdeutsch geprägten linksradikalen bzw. autonomen Bewegungen und den Aktiven mit DDR-Biographie nicht ohne Konflikte bleibt.

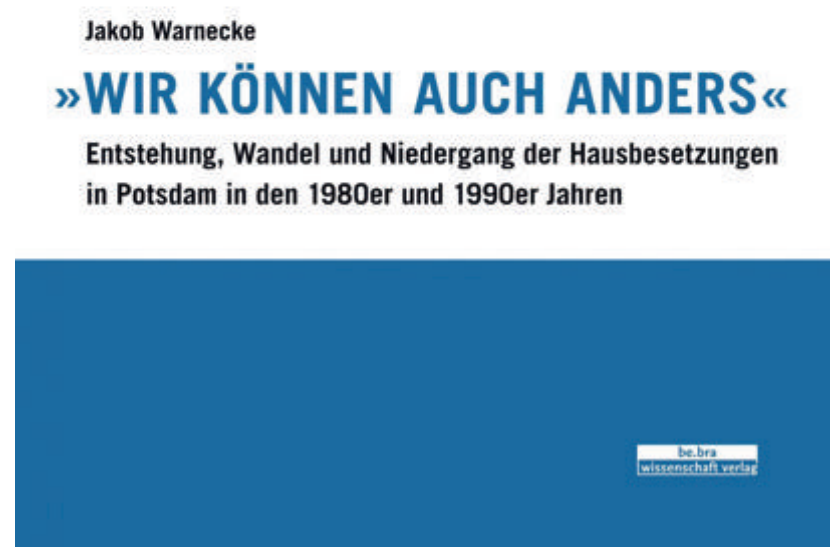
Warnecke dokumentiert die Konflikte mit Nazis, von denen regelmäßig Angriffe auf die besetzten Häuser ausgehen. Von besonderer Bedeutung, und dies kann Warnecke gut nachweisen, sind die öffentlich nutzbaren Treffpunkte der Häuserszene wie etwa (halblegale) Kneipen, Galerien oder Räume für Konzerte. Wurden diese in Frage gestellt, oder gar geräumt, gab es stets eine über die Häuserbewegung hinausreichende Solidarität.

Ab 1993 wird, so Warnecke, die Bewegung in den Niedergang getrieben, durch die üblichen, ebenfalls bereits in (West)Berlin angewendeten Strategien: Repression durch Räumungen und andere administrative Maßnahmen und Befriedung einzelner Objekte durch Legalisierung oder das Angebot von, in Potsdam in der Regel weit von der Innenstadt entfernt liegenden, Ersatzobjekten. Mit einer letzten, großen, von 1.000 Personen besuchten Demonstration an Pfingsten 2000 ist die Bewegung an ein Ende geraten.

Was ist nun die Quintessenz dieser Publikation? Sie zeigt sehr gut den netzwerkartigen und vielfältigen Charakter dieser sozialen Bewegung. Einer Bewegung, die Gemeinschaft statt Isolation, Selbstverwaltung statt Fremdbestimmung, selbstbestimmte Arbeit statt Entfremdung wollte, die dem Hedonismus frönte, die Experimente und »Freiräume« lebte und Utopien hatte. Die (angestrebten) anderen sozialen Beziehungen unter den Hausbesetzer*innen schufen den sozialen Raum, der dann sich wiederum in den Häusern materialisierte, bzw. ihre Existenz erst ermöglichte.

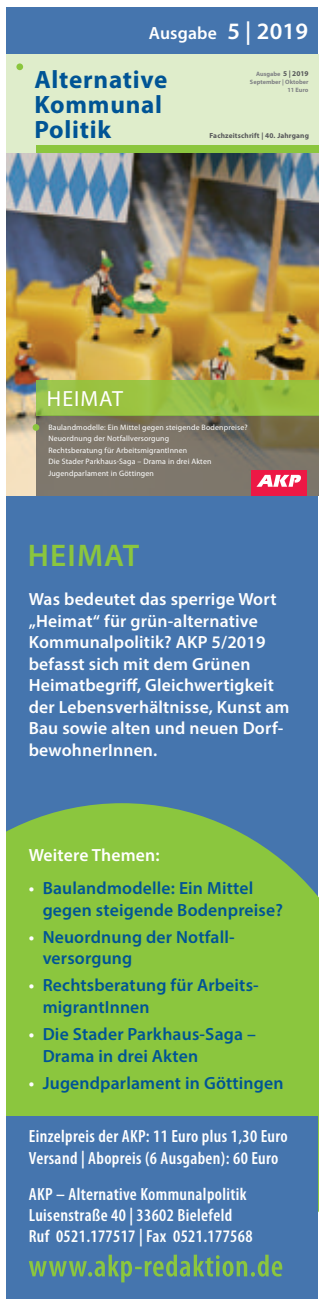
Der Import von Strategien aus »dem Westen« sowohl auf Seiten der Besetzer*innen als auch der Behörden ist bemerkenswert. Last but not least bleibt ungeklärt ob der 1977 geborene Autor Zeitzeuge, wenn nicht Mitwirkender an der von ihm untersuchten Bewegung (gewesen) ist. Dies ist zu vermuten, offengelegt wird es aber nicht. Letztendlich wirkt die Häuserbewegung langfristig, bis heute, als eine, die die Stadtgesellschaft und die Kommunalpolitik der damals circa 125.000 Einwohner*innen zählenden Stadt verändert hat.

Warnecke hat mit seinem Buch eine soziale Bewegung untersucht und so einen Beitrag zur Geschichtsschreibung der neuen sozialen Bewegungen in den neuen Bundesländern geleistet. Auffällig ist, wie wenig der Autor – zumindest in der Rückschau wäre dies ja möglich – seinen Gegenstand zu den städtischen Aufwertungsprozessen ins Verhältnis setzt. Hier könnten (vergleichende) Studien zu Wohnungs- und Häuserkampfbewegungen in anderen mittel- oder kleineren Großstädten weitere Erkenntnisse liefern.



Jakob Warnecke: »Wir können auch anders«. Entstehung, Wandel und Niedergang der Hausbesetzungen in Potsdam in den 1980er und 1990er Jahren, be.bra Verlag, Berlin 2019, ISBN 978-3-95410-234-1, 286 Seiten, 34 Euro

ANZEIGE



BRIEFMARKEN MIT WIDERSTÄNDIGER GESCHICHTE

Zwei Jahrestage: Mahatma Gandhi und Alexandre Varenne

Wir freuen uns, unseren Leser*innen an dieser Stelle eine neue Rubrik vorzustellen: Briefmarken mit widerständiger Geschichte. Kai Böhne wird von nun an alle zwei Monate auf der Kunst- und Kulturseite ein oder mehrere Motive vorstellen, die einen thematischen Bezug zu Selbstorganisation und/oder politischer Arbeit haben.

KAI BÖHNE, REDAKTION GÖTTINGEN

»Zwei anregende Sondermarken kündigt die Französische Post (La Poste) für Anfang Oktober 2019 an. Ausgangspunkt sind jeweils runde Jubiläen. Vor 150 Jahren kam in der indischen Küstenstadt Porbandar Mohandas Karamchand Gandhi zur Welt. Er sollte später unter dem Beinamen Mahatma zum politischen und moralischen Vorbild im Freiheitskampf gegen Unterdrückung und soziale Ungerechtigkeit werden. Vor 100 Jahren, am 4. Oktober 1919, erschien in Clermont-Ferrand die erste Ausgabe der französischen Tageszeitung »La Montagne«.

1889 reiste der junge Mahatma Gandhi, der seit 1888 in London Jura studierte, nach Frankreich, um die zehnte Weltausstellung in Paris zu besuchen und den Eiffelturm zu besteigen. Im Dezember 1890 legte er erfolgreich sein juristisches Examen ab. Nach bestandener Abschlussprüfung durfte er seit Juni 1891 als Rechtsanwalt an englischen Obergerichten auftreten. Er kehrte nach Indien zurück, eröffnete in Bombay eine Anwaltskanzlei und setzte sich für die Rechte der Inder gegenüber der Kolonialmacht ein.

Mehr und mehr engagierte er sich gegen soziales Unrecht und für die

Illustration und Gravur der Marke mit dem Porträt von Mahatma Gandhi stammen von Christophe Labor-de-Balen. Die Auflage des Hochformats, 30 mal 40,85 Millimeter, beträgt 500.016 Exemplare und ist für den Versand von Auslandsbriefen gedacht.

Unabhängigkeit Indiens. Gandhi rezipierte die Schriften der Philosophen Henry David Thoreau und John Ruskin und des Schriftstellers Leo Tolstoi und wurde zum Vorbild für gewaltloses politisches Handeln. Gandhi sah in seinem politischen Engagement eine Verbindung und einen Ausdruck seiner Religiosität und seines Glauben. Im Januar 1948 wurde Gandhi von einem Fanatiker erschossen.

Sozialistische Ideale

Auch der junge Franzose Alexandre Varenne hatte Ideale, für die er sich einsetzte. Rechtsprechung, Politik und die Freiheit der Presse bildeten die

Antriebsfeder für sein Handeln. 1919 gründete der 49-jährige Journalist, der 1898 in Paris in Rechtswissenschaften promoviert hatte und zunächst als Anwalt tätig war, in seiner Geburtsstadt die Tageszeitung »La Montagne«.

Zuvor hatte der Anhänger des sozialistischen Politikers Jean Jaurès für verschiedene Zeitungen journalistisch gearbeitet. Gemeinsam mit Jaurès engagierte er sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts in der noch jungen Französischen Sozialistischen Partei (PSdF). Mit dem Ziel, die zersplitterte Linke zu sammeln, gründeten Jean Jaurès und andere die Zeitung »L'Humanité«, zu Deutsch »Die Menschlichkeit«. Deren Leitung übernahm Jaurès, der Alexandre Varenne in die Redaktion berief. 1923 wurde die »L'Humanité« zum Zentralorgan der PCF, der Kommunistischen Partei Frankreichs. Für die erste Ausgabe der »La Montagne« verfasste Alexandre Varenne den Leitartikel. Darin betonte er nach dem Elend des Ersten Weltkriegs die dringliche Notwendigkeit einer neuen Demokratie in Frankreich.

Alexandre Varenne ließ sich in seiner politischen Meinung nicht beirren. Während der deutschen Besatzung sparte er nicht an Kritik an der kollaborierenden Vichy-Regierung. Dafür wurde »La Montagne« mehrfach zensiert und stellte im August 1943 ihr Erscheinen ein. Nach der Befreiung, im September 1944, durfte das Blatt, im Gegensatz zu anderen Organen, als erste Zeitung wieder erscheinen. In Presseschauen europäischer Zeitungen wird die bis heute erscheinende Regionalzeitung »La Montagne« gern zitiert.

Die Briefmarke mit dem Porträt von Alexandre Varenne vor den Titelseiten der »La Montagne« erscheint im horizontalen Format, 40,85 Millimeter breit und 30 Millimeter hoch, in einer Auflage von 500.000 Exemplaren. Die Marke eignet sich zur Frankatur von Inlandspost bis 20 Gramm.

EINE SOZIALREVOLUTIONÄRE STADTGUERILLA?

1972 gründet sich in Berlin die Bewegung 2. Juni, die bis 1980 existiert. Sie versteht sich – im Gegensatz etwa zur RAF – als sozialrevolutionär, viele ihrer Aktivist*innen kommen aus dem »proletarischen« Milieu des Berliner »Blues« und der Haschrebellen. Die Revolutionären Zellen (RZ) gründen sich erst zwei Jahre später, im November 1973. Bisher gab es kaum Literatur über die Organisation, die mit Absicht den Tag der Ermordung von Benno Ohnesorg 1967 in ihren Namen aufnahm. Der 1961 geborene Roman Danyluk hat nun mit seinem preiswerten Buch einen wichtigen Beitrag gegen die Geschichtsvergessenheit der radikalen Linken geleistet. Dass er Arbeiter und kein Akademiker ist, ist dabei nur von Vorteil.

In der ersten Hälfte des Buches erzählt Danyluk die Vorgeschichte zu seinem eigentlichen Gegenstand: Die Jugend- und Studierendenproteste und die widerständige Subkultur ab Mitte der 1960er Jahre, und er geht auf die militanten »Vorläuferorganisationen« des 2. Juni ein. Hier wird durch die sympathisierende Art der Darstellung das Lebensgefühl aus Musik, Drogen und – globalem wie persönlichem – Aufbegehren jener Jahre mehr als deutlich, das die militante Organisierung dann erst mit ermöglicht.

In der zweiten Hälfte werden dann die einzelnen Etappen und die bekannteren Aktionen des 2. Juni erzählt, von denen die von der Band »Ton, Steine Scherben« besungene Entführung des CDU-Politikers Peter Lorenz 1975 die erfolgreichste ist. Freilich werden im Lauf der Jahre viele Aktive verhaftet und zu Haftstrafen verurteilt.

Der 2. Juni bleibt von strategischen Differenzen und zähen Debatten nicht verschont und stellt 1978 seine Aktionen mehr oder minder ein. Ende der 1970er Jahre, als einige Mitglieder Kontakte zu Geheimdiensten unterhalten und sich der RAF anschließen, und wenige andere den RZ, kommt es zur »Spaltung«. Danyluk verteidigt die Entscheidung zur Aufnahme des bewaffneten Kampfes als auch heute richtig, kritisiert aber die theoretischen Fehler des 2. Juni und vor allem der RAF. Beispiele wären etwa der Antisemitismus und auch die unreflektierte Übernahme politischer Vorbilder aus dem globalen Süden. Die Bewegung 2. Juni konnte sich der vom Staat forcierten und erzwungenen Militarisierung des politischen Konfliktes nicht entziehen und scheiterte gemessen an ihren Gründungszielen.

Mängel hat das Buch nur auf formaler Ebene, so hat es z.B. keinerlei Register, und da die Zitate nicht mit genauen Quellenangaben versehen werden, ist eine weitergehende Beschäftigung mit dem Thema nur über das Literaturverzeichnis möglich. Danyluk bietet aber in einem umfangreichen Abschnitt Kurzbiographien aller mit dem 2. Juni verbundenen Personen. Obwohl das Buch sehr umfangreich ist, wird es nie langatmig oder redundant. Unbedingt lesen!

Bernd Hüttner

Roman Danyluk: Blues der Städte. Die Bewegung 2. Juni - eine sozialrevolutionäre Geschichte; Verlag Edition AV, Bodenburg 2019, 546 Seiten, 20 Euro

KLARTEXT FÜR EINEN SYSTEMWECHSEL

Pointiert und mit der notwendigen Dringlichkeit fordert der Autor Bruno Kern nichts weniger als einen grundlegenden Systemwechsel, weil unsere Überlebenschancen aufs Spiel gesetzt werden. Denn auch in der aktuellen Klimadebatte setze nicht nur die etablierte Politik, sondern auch ein großer Teil der Öko-Szene nach wie vor auf ein routiniertes »Weiter so«. So solle unsere Wirtschaft mit Hilfe erneuerbarer Energien und stetiger Innovation immer weiter wachsen – halt eben nun ökologisch nachhaltig.

Dieses »Märchen vom grünen Wachstum« entlarvt der Autor als gefährliche Illusion, die von einer kleinen Elite innerhalb der globalen kapitalistischen Marktwirtschaft organisiert werde und die schwierigen Fragen der erforderlichen ökonomischen Transformation ausblende.

Stattdessen sei die industrielle Abrüstung das Gebot der Stunde, bei der es um deutlich weniger Verbrauch für alle gehe – statt um Profit um jeden Preis für wenige. Beispielsweise müsste der Verbrauch fossiler Energien und nicht erneuerbarer Ressourcen innerhalb kürzester Zeit um mindestens 90 Prozent reduziert werden. Der Autor kritisiert die »Sachzwänge einer Ökonomie, die wir längst nicht mehr kontrollieren können« und fordert stattdessen einen »politischen Aushandlungsprozess für einen Sozialismus, in dem wir das Nötige für ein anständiges Leben aller herstellen wollen«. Dafür sollen die Produktionsmittel unter die Kontrolle der Gesellschaft gebracht werden, um sie für deren Interessen und Bedürfnisse einzusetzen. Der Autor bezieht sich dabei auf die Vorschläge der »Initiative Ökosozialismus«, die er mitgegründet hat und die inzwischen einige 100 Mitglieder hat.

Gleich im ersten Kapitel des Buches skizziert er in 14 Punkten, wie dringlich weltweit die ökologische Wende ist, dass sie sozial gerecht gestaltet werden müsse und nur mit einer geschrumpften, regional basierten Ökonomie zu bewerkstelligen sei. In den vier anschließenden Kapiteln führt er seine Thesen detaillierter aus und geht insbesondere darauf ein, wie er und seine MitstreiterInnen sich im Zusammenhang mit der Berücksichtigung der ökologischen Frage von Marxisten unterscheiden.

Zum Abschluss formuliert er als politische Ausstiegsstrategie aus dem existierenden System eine inhaltlich konsequente und langfristig angelegte Konsumverweigerung. Er verstehe dies nicht in erster Linie als Aufforderung an Einzelne, sondern als »Ermutigung, Solidarstrukturen und Räume zu schaffen« und somit gemeinsam eine Lebensqualität jenseits des Konsumierens materieller Güter zu entdecken.

Auch wenn man sich an vielen Stellen etwas präzisere und dem Alltag nähere Vorstellungen oder Beispiele gewünscht hätte, besticht das Buch dennoch durch einen stringenten Aufbau und durch klare Forderungen und eignet sich somit gut als Diskussionsgrundlage.

Peter Streiff

Bruno Kern: Das Märchen vom grünen Wachstum - Plädoyer für eine solidarische und nachhaltige Gesellschaft. Rotpunktverlag, Zürich 2019, 240 Seiten, 15 Euro

SUBVERSIVE BEWEGUNGSKULTUR

Lattke beleuchtet in seiner nun in Buchform erschienenen Dissertation ein bislang kaum beachtetes Phänomen: Wie wirkte sich »1968« und die darin formulierte Kritik an Leistung, Konkurrenz und Männlichkeit auf den Sport aus? Wie veränderte sich der Breiten- und Schulsport, kam es auch dort zu einer vielzitierten Fundamentalliberalisierung? Seine Antwort lautet: Ja. Ohne die Ansätze einer anderen Bewegungskultur sei z.B. der heutige schulische Sportunterricht gar nicht denkbar.

Zu Beginn seines Buches umreißt Lattke die theoretischen Wurzeln der Sportkritik der Kritischen Theorie. Diese war antikapitalistisch motiviert und richtete sich aber vor allem gegen den Leistungssport und dessen »Kommerzialisierung«. Der Breitensport sei letztlich auch am Spitzensport ausgerichtet, beide seien autoritär und auf Triebunterdrückung beruhend und somit herrschaftsstabilisierend. Diese Kritik traf nun mit zwei realen historischen Prozessen zusammen: Zum einen schwappte aus den USA die Bewegung der »New Games«, die an Leistung und Kooperation ausgerichtet war, nach Deutschland. Zum anderen kam es zu einem immensen Wachstum der Mitgliederzahlen von Sportvereinen und zu einer wachsenden Bedeutung von (Individual-)Sport im Alltagsleben, es sei nur an die »Trimm-Dich«-Bewegung und die Lauftreffs, beide oft jenseits der herkömmlichen Vereine angesiedelt, erinnert.

Ausgangspunkt der Bewegung waren die ab Ende der 1960er gegründeten Reform-Hochschulen, konkret der dortige Hochschulsport und die Ausbildung von Sportlehrer*innen. Hier mussten zuerst einmal die noch aus der NS-Zeit herrührenden personellen und inhaltlichen Kontinuitäten problematisiert werden. Auch der historische Arbeitersport mit seiner Vereinskultur und z.B. Arbeiterolympiaden wurde in den 1970er Jahren wieder entdeckt: Lattke referiert weiter auch ausführlich die Sportpraktiken der Neuen Linken selbst, die ja bis in die Bunten Fußball-Ligen der 1990er reicht. Danach schildert Lattke die Diffusion, wenn nicht Erosion der Ideen und Praktiken »alternativen Bewegungskultur« hinein in den Mainstream. Der lesenswerte Band endet mit der Schilderung der Sportpolitik der Grünen Partei sowie des universitären Reformprojektes »Traumfabrik« an der Universität Regensburg.

Lattke bietet eine beeindruckende Erweiterung der Sportgeschichte, und hat neues Wissen über neue soziale Bewegungen, deren Aktive ja oft auch ein anderes, antiautoritäres Verständnis von Körperlichkeit propagierten, erzeugt. Das Buch ist allerdings stellenweise etwas ausschweifend und langatmig. Lattke hat Spannendes und bisher kaum Bekanntes zu Tage gefördert und dokumentiert; es fragt sich aber, ob er nicht die gesellschaftliche Bedeutung seines Themas »alternative Bewegungskultur« hinsichtlich der Wirkung etwas überschätzt?

Bernd Hüttner

Simon Lattke: »Vögeln statt Turnen«. Neue Linke, linksalternative und subversive Bewegungskultur in der Bundesrepublik Deutschland 1968-1989; Klartext Verlag, Bochum 2019, 415 Seiten 29,95 Euro.

DECKNAME JENNY

Es kommt nicht oft vor, dass ich mich als politische Aktivistin in einem Spielfilm wiedererkenne. Dass er politische Themen behandelt, mit denen ich mich auch auseinandersetze. Dass er Fragen und Konflikte aufwirft, die ich mit anderen Genoss*innen beim Plenum diskutiere. Der Film »Deckname Jenny« schafft genau das: Er erzählt eine fiktive Geschichte aus dem politischen Widerstand, in dem Aktivist*innen der vielfältigen Zerstörung der Welt nicht mehr länger zuschauen wollen: »Eine Latschdemo nach der anderen – es interessiert eh kein Schwein«. Mit den radikalen Ideen der jungen Menschen herausgefordert, setzen sich denn auch ehemalige Militante aus der Elterngeneration der Protagonist*innen mit ihrer eigenen Geschichte auseinander. Eine spannende Kreuzung zweier Erzählstränge, die sich im verzweifelten Wunsch vereinen, die Welt endlich verändern zu wollen.

Realisiert wurde der Film von einer Crew aus dem Umfeld der filmArche, einer selbstorganisierten Filmschule in Berlin (siehe Contraste Nr. 415, April 2019). Wichtig war der Gruppe, einen Film von unten zu machen und Geschichte aus der Sicht von Menschen wie du und ich zu erzählen. Der Film sollte subversiv, anarchistisch und auch queer-feministisch sein.

Dieser Anspruch zeigt sich in vielen Kleinigkeiten des Films. Tatsächlich wirken die Figuren wie aus dem Leben gegriffen, auch wenn manche Dialoge ein wenig unnatürlich rüberkommen. Jenny ist die Protagonistin – aber keine klassische Heldin. Sie wird mit all ihren Stärken und Schwächen gezeigt, wie auch ihre Verbündeten. Zwischen einigen der männlichen Charaktere kommt es zu angenehm gefühlvollen Szenen. Klassische Rollen werden hingegen deutlich, wenn z.B. ein junger Mann bei einem Plenum völlig überzeugt und selbstbewusst die richtige politische Strategie erkärt. Eine Szene, bei der laut Regisseur*in immer einige Zuschauer*innen laut lachen.

Der Film zeigt, wieso Menschen sich für militante Stratgien entscheiden – und warum diese ihre Berechtigung haben. Ob sie jemals erfolgreich waren oder sein können, bleibt offen. Zumindest bietet die Geschichte aber neuen Stoff, um darüber ins Gespräch zu kommen. Gleichzeitig zeigt sie, welchen Preis die Aktivist*innen bezahlen müssen, wenn sie nicht penibel alle Sicherheitsvorkehrungen einhalten – oder sich ein Mensch aus der Gruppe dazu verleiten lässt, mit Verfassungsschutz und Polizei zusammenzuarbeiten.

Wer Lust hat, mal einen etwas anderen (nicht hochprofessionellen) Film zu sehen und im Anschluss über politischen Aktivismus, Militanz und generationsübergreifende Themen zu diskutieren, sollte sich »Deckname Jenny« ansehen. Das Filmteam sucht für weitere Vorführungen deutschlandweit noch Orte und Unterstützer*innen. Außerdem sammeln sie Spenden für den nächsten »starken, politischen Spielfilm«.

Regine Beyß

Deckname Jenny, 108 Minuten, Film im Widerstand, mit Musik von »Guts Pie Earshot« und »Nomi & Aino«. Trailer und Termine der nächsten Vorführungen: jenny.in-berlin.de, Mail: kontakt@jenny.in-berlin.de

GUTE EINFÜHRUNG ZU POSTWACHSTUM

Mit diesem Buch geben die beiden AutorInnen, die u.a. beim Konzeptwerk Neue Ökonomie in Leipzig sehr engagiert sind, eine systematische und dichte Einführung in das Thema. Sie untersuchen zuerst kurz und kritisch Wachstum, dessen Messung und Wachstumsstatistik. Spannend sind hier die religiösen Wurzeln des Begriffs, die seine bis heute andauernde Wirkmächtigkeit mit erklären können, ist doch Wachstum bisher das Erlösungsversprechen des (patriarchalen) Kapitalismus.

Danach werden in der ersten Hälfte der Publikation insgesamt sieben Stränge der Wachstumskritik ausführlich vorgestellt, u.a. ökologische, soziale, feministische und kulturelle, und die wichtigsten zugehörigen Autor*innen genannt. Schmelzer und Vetter gehen auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede, aber auch auf die Defizite und die – falls vorhanden – inneren Widersprüche der verschiedenen Wachstumskritiken ein. Anschließend werden fünf verschiedene Strömungen von Postwachstum als alternative Praxis und Utopie näher beleuchtet, und deren Ziele und Transformationsstrategien beschrieben (Commons, Suffizienz, Kapitalismus-/Globalisierungskritik usw.).

Das Buch ist allerdings mehr als eine Einführung in dieses anscheinend doch relativ ausdifferenzierte und komplexe Feld. Die Leserin bekommt jedoch einen soliden und mehr als fundierten Überblick über die Perspektiven und Schwerpunkte der verschiedenen Modelle. Ein Sachregister und ein umfangreiches Literaturverzeichnis runden das Buch ab. Das einmal mehr zeigt, dass eine radikale sozial-ökologische Transformation mehr als notwendig und längst überfällig ist.

Bernd Hüttner

Matthias Schmelzer/Andrea Vetter: Degrowth/Postwachstum. Zur Einführung; Junius Verlag, Hamburg 2019, 256 Seiten, 15,90 Euro

ANZEIGEN

TERMINE UND KLEINANZEIGEN

TERMINE

SELBSTVERWALTUNG

VioMe — seit sechs Jahren erfolgreich
18. Oktober, 19 Uhr
(Köln)

Als die Geschäftsführung der VioMe AG über Nacht verschwand, blieben die Kolleg*innen, besetzten den Betrieb und produzieren seitdem ökologische Seifen und Haushaltsreiniger in Eigenregie. VioMe ist heute ein Leuchtturmprojekt der Arbeiterselbstverwaltung und zugleich ein soziokulturelles Zentrum mit vielfältigen Aktivitäten, unterstützt von einem internationalen Solidaritätsnetzwerk. Alle Versuche zur Zwangsversteigerung konnten bisher abgewehrt werden, aber mit weiteren, auch härteren Angriffen seitens der Mitsotakis-Regierung ist zu rechnen.
Makis Anagnostou vom rückeroberten Betrieb VioMe in Thessaloniki berichtet über die Situation der alternativen antikapitalistischen Projekte. Alle diese Kämpfe scheinen uns beispielhaft für die sozialen und politischen Kämpfe in Europa, über die wir ebenfalls informieren. Eine Welt ohne Ausbeutung ist machbar.

Ort: Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3, 50670 Köln
Info: info@gskk.org

VORTRAG

Der gescheiterte Antifaschismus der DDR
23. Oktober, 19 Uhr
(Stuttgart)

Das Scheitern des Antifaschismus in der DDR lässt sich nicht aus Politik, Ideologie oder durch Einwirkungen aus dem Westen erklären, denn ohne innere, gesellschaftspolitische Ursachen hätten neofaschistische Parolen keinen Nährboden finden können. Dazu gehörte der stalinistische Autoritarismus, der Absolutheitsanspruch der Ideologie des »Marxismus-Leninismus«, anti-emanzipatorische Haltungen, umfassende politische Repression auch gegen Demokraten und Sozialisten, die Militarisierung der Gesellschaft und letztlich die anhaltende Krise der ostdeutschen Ökonomie.

Ort: Hospitalhof, Büchsenstr. 33, 70174 Stuttgart
Info: http://emafrie.de/der-gescheiterte-antifaschismus-der-ddr

ZIVILKLAUSEL JETZT!

Keine Rüstungsforschung an unseren Universitäten!
27.Oktober, 20 Uhr
(Wien)

Student*innen gegen Rüstungsforschung »STUGERU« laden zu dieser Tagung. Mit PESCO und dem EU-Rüstungsfonds stehen wir vor einer Aufrüstungslawine, doch Krieg ist keine Lösung. Wir brauchen Unis, die für Frieden, Nachhaltigkeit und Demokratie stehen und nach echten Lösungen für die großen Probleme der Menschheit suchen! Deshalb wollen wir Zivilklauseln an unseren Universitäten, die diese verpflichten, ausschließlich für zivile Zwecke zu forschen.

Ort: Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070 Wien
Info: https://www.solidarwerkstatt.at/termine

VERANSTALTUNGSREIHE

50 Jahre Sozialistische Selbsthilfe in Köln
3. November bis 6. Dezember
(Köln)

Kollektiv – Korrektiv – Kommunikativ – Über ein halbes Jahrhundert erfolgreiche SSK- und SSM-Arbeit für das Menschenrecht Schutzsuchender und zur Mitgestaltung einer humanen Gesellschaft. Die Ausstellung »Rückschau und Aufbruch« wird mit zahlreichen Zeitdokumenten am 3. November im SSM-Möbellager eröffnet. Ein Filmabend dokumentiert den »Rheinischen Sozialismus« gestern und heute, eine Bustour führt zu Orten der Auseinandersetzungen der Sozialistischen Selbsthilfen. Beteiligte berichten: An einem Nachmittag stehen Wort und Recht, Staat, Leib und Geld im Mittelpunkt. Ein politischer Abend mit Diskussion »Hilft Dir keiner, hilf Dir selbst«, beschließt die Reihe.

Orte: Stadtgebiet Köln
Info: www.3k-koeln.de

GENOSSENSCHAFT

SoLaWi genossenschaftlich organisieren
23. & 24. November
(Gauting)

Die Prinzipien der Solidarischen Landwirtschaft passen ideal zur Unternehmensform Genossenschaft. Sie gewährleistet von Beginn an eine aktive Teilnahme am Wirtschaftsleben, besonders wenn zusätzlich genossenschaftliches Eigentum erworben werden soll. Praktisches Wissen über Neugründungen sowie die einzelnen Schritte von der Konzeptentwicklung bis zur Eintragung einer Genossenschaft sind aber bisher nur wenig verbreitet. In dem Seminar werden die wichtigsten Anforderungen mit zahlreichen Gründungshilfen und -werkzeugen vermittelt.

Ort: Institut für Jugendarbeit, Germeringer Str. 30, 82131 Gauting
Info: www.institutgauting.de

BILDUNG + TRANSFORMATION

Wie wirkt Bildung?
27. November
(Mainz)

Über die Messbarkeit und Qualität von Bildungsprozessen. Dass es gesellschaftlichen Wandel braucht, sagen viele. Auf die Frage aber, auf welchen Wegen sich Wandel vollziehen kann, gibt es unterschiedliche Antworten. Im Rahmen dieses Fachtages werden zwei Perspektiven aufgezeigt, die bei der Beantwortung der Frage einen unterschiedlichen Schwerpunkt setzen: Die eine macht den Transformationsbegriff stark und setzt auf die Verbreitung alternativer Ideen; die andere fokussiert gesellschaftliche Machtverhältnisse und bevorzugt den Begriff der Revolution.

Ort: Albert-Schweitzer-Str. 113-115, 55128 Mainz
Info: www.ebasa.org/veranstaltungen

SOZIALE VERANTWORTUNG

Lehrgang für Zukunftsgestalter*innen
Januar 2020 bis Januar 2021
(Wien, Barcelona, Brüssel)

Sie sind in Sorge über die gesellschaftlichen Entwicklungen? Sie fragen nach sinnvollen und realisierbaren Alternativen? Sie wollen eine menschenwürdige Gesellschaft, die auch für zukünftige Generationen lebenswert ist? Dieser Lehrgang bietet sozial-ethische Orientierung, Inspiration und hilfreiche Werkzeuge, um zukunftsfähige Initiativen konkret umzusetzen und ist an Personen gerichtet, die für eine sozial und ökologisch gerechte, friedliche Zukunft wirksam werden wollen.

Info: https://www.ksoe.at/lsv

KLEINANZEIGEN

IMMOBILIE FÜR WOHNPROJEKT GESUCHT!

Wir wollen gründen und suchen einen Hof mit Ausbaureserve zum Kauf für 5+ Parteien mit Werkstattgebäude, Land für Selbstversorgung. Lage: zwischen HH - Ostsee oder HH - Berlin, Wendland. Gerne in Nähe zu anderen Kommunen & ökologischen Hofgemeinschaften. Danke für eure Hinweise an: *wohnen-fuer-generationen@gmx.de*

GÖTTINGER MEDIENBÜRO

erstellt Druckvorlagen für Broschüren, Kataloge, Flyer, CD-Co-ver und Plakate, übernimmt Archiv-Recherchen, liefert Fotos, formuliert und redigiert Beiträge und Texte.
Anfragen an: contact@artinweb.de, www.artinweb.de

EIN LINKER VERTEIDIGER IM INTERNATIONALEM VÖLKERBALL

sucht dringend einen Platz für sich, seine Werkstatt und interessanten Projekten. Im städtischen oder Ländlichem Raum. Nicht höflich aber freundlich. Die Andersartigkeit sehe ich eher als Bereicherung denn als Bedrohung. Die Krise als besondere Chance. In Verantwortung der kommenden Generationen und zum Erhalt der wunderbaren Kreationen der Evolution. Näheres gern im persönlichem Treffen.
Kontakt über info@extralinks.de

ESDESIGN

Brauchst du ein Design oder Layout für deine Logos, Broschüren, Zeitungen oder Bücher?
Infos: eva@evasempere.com

Kleinanzeigen

Wir bieten Initiativen und Projekten hier Platz für ihre Gesuche und Angebote. Die Kleinanzeigen sind kostenlos. Wir freuen uns über eine Spende! Die Redaktion behält sich eine Auswahl der gesendeten Kleinanzeigen vor. Bitte schickt eure Anzeigentexte an: koordination@contraste.org

IMPRESSUM

Monatszeitung für Selbstorganisation
Erscheint 11 mal im Jahr ISSN 0178-5737

HERAUSGEBER
Contraste, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.

Schönfelderstr. 41A
34121 Kassel

Anfragen: info@contraste.org
Verein: vorstand@contraste.org
Redaktion: redaktion@contraste.org

www.contraste.org

CONTRASTE wird von etwa 20 Redakteur*innen erstellt. Sie schreiben aus Überzeugung und ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional-und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung und Vertriebsvorbereitung und Rechnungsstellung erfolgt über das Contraste-Büro in Kassel.

V.I.S.D.P.: Regine Beyß
Es gilt die Anzeigenpreisliste 2018.

REDAKTIONEN

BERLIN:
Ulrike Kumpe
✉ ulrike.kumpe@contraste.org
BREMEN:
Bernd Hüttner (Rezensionen)
✉ bernd.huettner@contraste.org
ELBSANDSTEINGEBIRGE:
Johannes Dietrich
✉ johannes.dietrich@contraste.org
FREIBURG:
Burghard Flieger (Genossenschaften)
☎ (07 61) 70 90 23
✉ genossenschaft@t-online.de
GÖTTINGEN:
Kai Böhne (Anzeigen)
✉ kai.boehne@contraste.org
HAMBURG:
Hilmar Kunath
☎ (0 40) 39 90 41 96
✉ hh.kunath@web.de
KASSEL:
Regine Beyß
✉ regine.beyss@contraste.org
KÖLN/BONN:
Heinz Weinhausen
☎ (01 70) 58 38 900
✉ heinz.weinhausen@contraste.org
Ariane Dettloff
☎ (02 21) 31 57 83
✉ ariane.dettloff@contraste.org
SPROCKHÖVEL:
Uli Frank
✉ ulifrank@unverdient.de
STUTTGART:
Peter Streiff
☎ (0 71 44) 33 22 56
✉ peter.streiff@netz-bund.de
ÖSTERREICH:
GRAZ:
Brigitte Kratzwald
☎ 0043-699 11 28 65 57
✉ brigitte.kratzwald@commons.at
KLAGENFURT:
Hans Wieser (Termine)
✉ hans.wieser@contraste.org /

HERSTELLUNG

ANZEIGEN
Kai Böhne
✉ anzeigen@contraste.org

ABOVERWALTUNG
Eva Schmitt
✉ abos@contraste.org

BILDREDAKTION
Regine Beyß und Eva Sempere

LAYOUT
Eva Sempere
✉ layout@contraste.org

TERMINE
Hans Wieser
✉ termine@contraste.org

IT-BETREUUNG
Vadim und Steffen, netz.koop eG
https://netz.coop
✉ webmaster@contraste.org

DRUCK
Freiburger Druck GmbH und Co KG

facebook:
Facebook: www.facebook.com/contrastemonatszeitung
Twitter: @conraste_org
Mailingliste: http://lists.contraste.org/sympa/info/contraste-liste

ANZEIGEN

Ausgabe 4/2019. Schwerpunktthema:

»KONTERREVOLUTION«

- Fanatismus und Auslöschung: Kunst und Kultur in »Ostzonesien«
- Wie das Zentrum für politische Schönheit die Welt retten will
- Fotoreportage: João Pina »Operation Condor«

MELODIEUNDRHYTHMUS.COM

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Niddastr. 64 VH · 60329 FRANKFURT
express-afp@online.de
www.express-afp.info
Tel. (069) 67 99 84

Ausgabe 8-9/19 u.a.:

- »Disziplin statt Diskussion?« – über Hintergründe zur Abmahnung eines ver.di-Kollegen wegen Verbreitung eines express-Artikels
- Peter Birke: »Frühling im Herbst« – Deutung der Septemberstreiks 1969
- Birgit Daiber: »Ach je, Frank« – Böckelmanns tumultöser Weg nach rechts
- Florian Butollo: »Die Hölle friert zu« – strukturelle Bedingungen des Organizings bei RyanAir
- Peter Korig: »Auf Sendung« – Studentische Callcenter-Beschäftigte in Albanien organisieren sich
- Wolfgang Völker: »Hamburg traut sich was ...« – Preis des mutigen Löwen für Abschaffung von Hartz IV
- Slave Cubela: »Don't believe the hype« – Plädoyer für eine kritische Rezeption von Jane McAleveys Buch »Keine halben Sachen«

Probelesen?! Kostenfreies Exemplar per mail oder Telefon bestellen